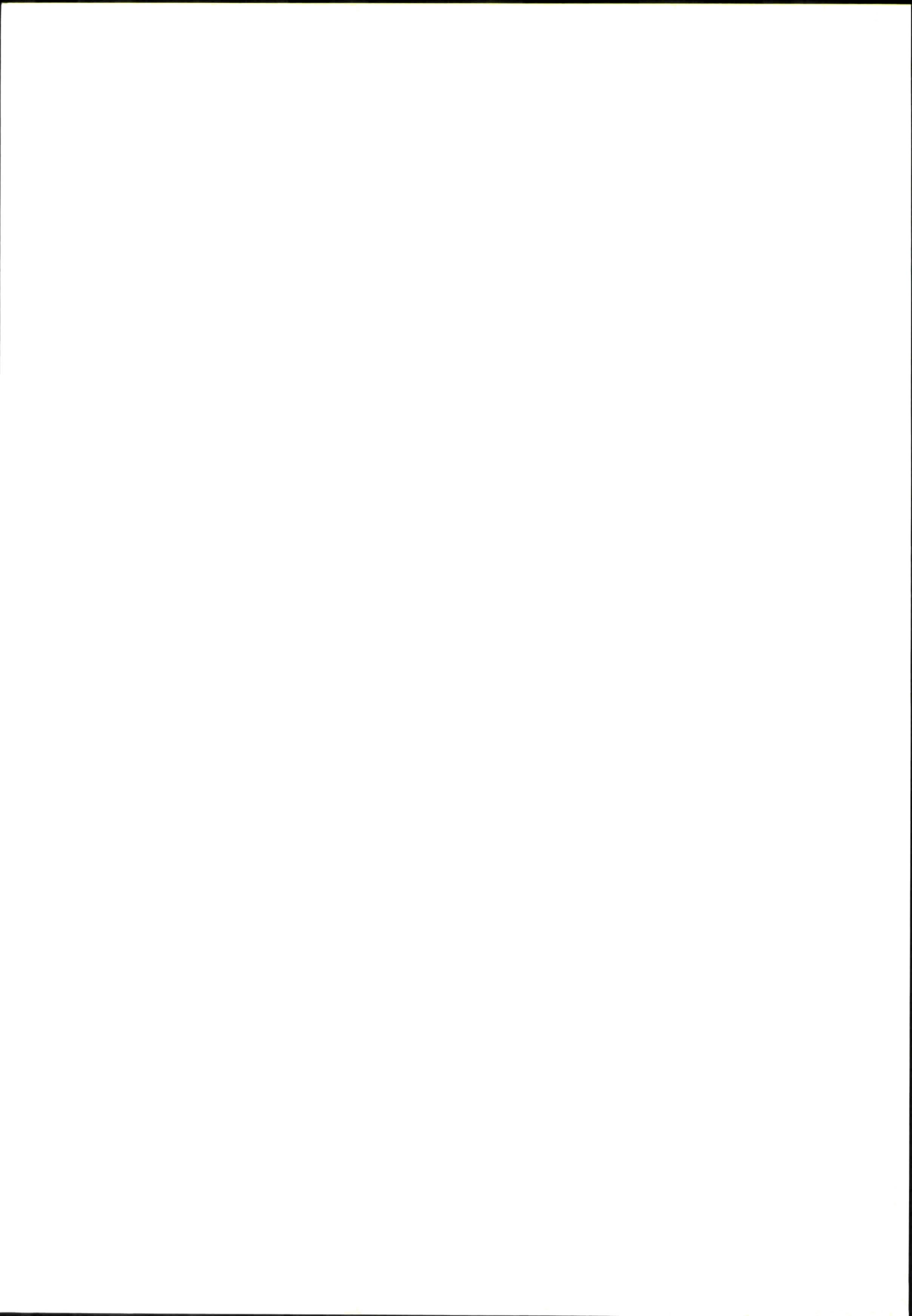


24. Bundesparteitag
Hannover, 24.-26. 5. 1976

**Bericht der
Bundesgeschäftsstelle**



Anlage zum Bericht des Generalsekretärs



<u>Inhalt</u>	<u>Seite</u>
Einleitung	2-4
Bundesausschuß	5
Bundeschvorstand	6-9
Präsidium	10-13
Präsidiumskontaktgespräche	14
Landesgeschäftsführerkonferenzen	15-16
Besprechungen mit den Geschäftsführern der Vereinigungen	17
Regionale Mitarbeiterkonferenzen	18
Treffen mit den Wahlkreiskandidaten	18
Hauptabteilung I	
- Abteilung Organisation	19-22
- Abteilung Personal	23-24
- Abteilung Verwaltung	24
- Abteilung organisatorische Sonder- aufgaben	25
Hauptabteilung II	
- Abteilung Politik	26-35
- Abteilung Information/Dokumentation	36
Hauptabteilung III	
- Abteilung Medienpolitik	37-40
- Abteilung Öffentlichkeitsarbeit	41-56
Sprecher der Partei	57-58
Büro für Auswärtige Beziehungen	59-64
Justitiar	65
Planungsgruppe	66-67
Grundsatzprogrammkommission	67
Unternehmensrechtskommission	68
Mitgliederstatistiken	69-72

Der vorliegende Bericht der CDU-Bundesgeschäftsstelle umfaßt den Zeitraum zwischen dem 1. Mai 1975 und dem 30. April 1976.

Einer der Höhepunkte des Berichtszeitraumes war der Mannheimer Bundesparteitag, auf dem der Bundesvorstand neu gewählt wurde und die Partei zu einer Reihe politischer Sachprobleme Stellung bezog. Die "Mannheimer Erklärung" und die Beschlüsse zum Thema "Frau und Gesellschaft" fanden in der Partei und in der Öffentlichkeit außerordentlich großes Interesse. Die Ergebnisse des Parteitages wurden aufgrund einer bereits vorher ausgearbeiteten Konzeption "nachgearbeitet". Der Mannheimer Parteitag hat darüber hinaus Änderungen des Statuts der CDU, der Geschäftsordnung und eine neue Beitragsregelung beschlossen. Außerdem überwies er eine Reihe von Sachanträgen an den Bundesvorstand zur weiteren Erledigung. Der Bundesvorstand hat sich mit diesen Anträgen eingehend befaßt und sie zum Teil an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, an die CDU-Landtagsfraktionen sowie an Bundesfachausschüsse der Partei weitergeleitet. Der Antrag E 1, der sich mit einer Reihe von konkreten Fragen der Parteiarbeit beschäftigte, konnte teilweise bereits verwirklicht werden. So konnte bei der Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes festgestellt werden, daß mehr hauptamtliche Mitarbeiter in den CDU-Kreisverbänden eingestellt worden sind. Über weitere Anregungen aus dem Antrag E 1 wurde in der Landesgeschäftsführerkonferenz und in verschiedenen Arbeitsgruppen beraten. Wegen der vielfältigen Aufgaben zur Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes werden einige Beschlüsse erst nach dem 3. Oktober 1976 verwirklicht werden können.

Bei den Landtagswahlen in Bremen und Baden-Württemberg arbeiteten die Landesverbände und die CDU-Bundesgeschäftsstelle eng zusammen. Der "Wahlkampf-Informationsdienst" wurde regelmäßig an die Landesverbände herausgegeben und ab Anfang 1976 als Wochendienst auch allen CDU-Kreisverbänden zugestellt. Auf Wunsch leistete die CDU-Bundesgeschäftsstelle Zuarbeit für Argumentationshilfen und Flugblätter sowie bei der Erarbeitung von Werbekonzeptionen. Die Zusammenarbeit zwischen den Landesverbänden und der Bundespartei war auch im organisatorischen Bereich erfolgreich. Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle nahmen regelmäßig an Sitzungen der Wahlkampfkommissionen der Landesverbände teil.

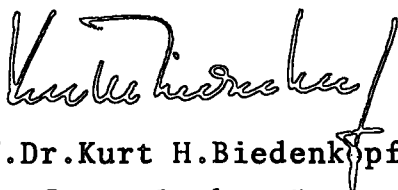
Im Berichtszeitraum wurden wiederum eine Reihe von Fachkongressen durchgeführt. Die CDU versteht solche Veranstaltungen als Forum der offenen Aussprache. Aufgabe dieser Kongresse war es, die sachpolitischen Vorstellungen der CDU zu bestimmten Feldern der Politik zu diskutieren und gegenüber der Öffentlichkeit zu verdeutlichen.

Erneut wurde die Attraktivität der CDU an ständig steigenden Mitgliederzahlen deutlich. Dies ist nicht zuletzt auch auf die unermüdliche Arbeit in den Kreisverbänden der CDU zurückzuführen. Im März 1976 trat das 600.000. Mitglied der CDU bei; das ist ein Netto-Zuwachs von 100.000 Mitgliedern seit Mitte 1974.

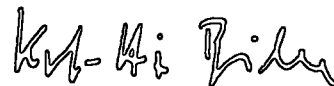
Die CDU-Bundesgeschäftsstelle und die Konrad-Adenauer-Stiftung sowie deren Institute arbeiteten auch im Berichtszeitraum eng zusammen.

Das gute Verhältnis zwischen dem Betriebsrat und der Leitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle war auch im Berichtszeitraum von dem Geist kritischer und konstruktiver Zusammenarbeit geprägt. Gemeinsam wurde eine Vergütungsordnung für die Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle erarbeitet, die die Grundlage für die Besoldung der Mitarbeiter sein wird.

Die erfolgreiche Arbeit der CDU wäre nicht möglich ohne den unermüdlichen Einsatz der hauptamtlichen Mitarbeiter der Partei in der Bundesgeschäftsstelle, den Landesverbänden und in den Kreisverbänden sowie die tatkräftige ehrenamtliche Mithilfe tausender von CDU-Mitgliedern in den Kreis- und Ortsverbänden. Ihnen allen sei an dieser Stelle ein sehr herzliches Wort des Dankes und der Anerkennung gesagt, verbunden mit der Bitte, weiterhin für die Union, für ihre politischen Ziele und für Helmut Kohl zu kämpfen. So wird es uns gelingen, am 3. Oktober eine Wende in der deutschen Politik herbeizuführen.



Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf
Generalsekretär



Karl-Heinz Bilke
Bundesgeschäftsführer

Bundesausschuß

Der Bundesausschuß, der "kleine Parteitag der CDU", trat im Berichtszeitraum zweimal zusammen.

Auf seiner Sitzung am 8.12.1975 in Berlin nahm der Bundesausschuß die ausführlichen Berichte des Parteivorsitzenden über die politische Lage und des Fraktionsvorsitzenden über die parlamentarische Arbeit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zustimmend zur Kenntnis und gab seiner Entschlossenheit Ausdruck, unter Führung von Dr. Kohl 1976 eine Wende in der deutschen Politik herbeizuführen.

Zur Lage Berlins stellte der Bundesausschuß fest, daß sich die Situation der Stadt auch nach der KSZE nicht verbessert hat und die Union alles tun wird, um die Bindungen Berlins zur Bundesrepublik Deutschland zu erhalten und auszubauen.

Auf der Sitzung am 8.3.1976 in Stuttgart informierte der Parteivorsitzende den Bundesausschuß über die Erklärung der Führungsmannschaft der Union und der CDU/CSU-Ministerpräsidenten vom 17.2.1976 zu den deutsch-polnischen Vereinbarungen. Der Bundesausschuß diskutierte die am 12.3.1976 vom Bundesrat zu treffende Entscheidung und sprach sich für ein geschlossenes Votum der Union aus.

Ministerpräsident Dr. Filbinger berichtete über den Verlauf des Landtagswahlkampfes in Baden-Württemberg.

Generalsekretär Prof. Biedenkopf informierte den Bundesausschuß über die Wahlkampfstrategie und das Wahlkampfkonzept für die Bundestagswahl 1976.

Der Bundesausschuß beschloß, das "Arbeitspapier zur Deutschlandpolitik" (Antrag des LV Baden-Württemberg) von einer Kommission überarbeiten zu lassen und danach dem Bundesausschuß zur Beschlusfassung vorzulegen.

Bundesvorstand

Der Bundesvorstand tagte im Berichtszeitraum zwölfmal; zu 5 Sitzungen waren auch die Vorsitzenden der Landesverbände und die Bundesvorsitzenden der Vereinigungen eingeladen.

Am 5.5.1975 berichtete der Parteivorsitzende über die politische Lage nach den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und im Saarland.

Der Bundesvorstand bekräftigte erneut seine ablehnende Haltung gegenüber der Gründung einer Vierten Partei.

Am 12.5.1975 beschloß der Bundesvorstand in geheimer Abstimmung einstimmig, das Präsidium der CDU zu beauftragen, den Präsidiien von CDU und CSU den Parteivorsitzenden der CDU, Dr. Helmut Kohl, als Kandidaten für das Amt des Bundeskanzlers vorzuschlagen.

Generalsekretär Prof. Biedenkopf erläuterte den Entwurf eines Strategiepapiers, das dem 23. Bundesparteitag in Mannheim als Grundlage für eine Generaldebatte vorgelegt werden soll.

Auf der Sitzung am 9.6.1975 befaßte sich der Bundesvorstand mit folgenden Gesetzgebungsvorhaben:

- Mitbestimmung
- Reform des § 218 StGB
- Berufliche Bildung
- Hochschulrahmengesetz

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Prof. Carstens informierte den Bundesvorstand über die parlamentarische Behandlung dieser Themen.

Zur Reform des § 218 StGB empfahl der Bundesvorstand, eine von einer breiten Mehrheit aller Fraktionen des Deutschen Bundestages getragene interfraktionelle Lösung anzustreben.

Der Bundesvorstand beschäftigte sich ferner mit dem zeitlichen und inhaltlichen Ablauf des 23. Bundesparteitages.

Am 22.6.1975 traf der Bundesvorstand in Mannheim die letzten Vorbereitungen für den 23. Bundesparteitag und legte das Verfahren zur Behandlung der "Mannheimer Erklärung" fest.

Am 1. 9. 1975 trat unter der Leitung des Parteivorsitzenden Dr. Helmut Kohl der auf dem 23. Bundesparteitag der CDU neu-gewählte Bundesvorstand zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen.

Schwerpunkt des Berichtes des Parteivorsitzenden: die Verant-wortung der Bundesregierung für das Scheitern der Finanz- und Wirtschaftspolitik sowie die Steuererhöhungspläne und Haushaltskürzungsvorschläge der Bundesregierung.

Der Bundesvorstand befaßte sich außerdem mit der Behandlung der ihm vom 23. Bundesparteitag überwiesenen Anträge.

Am 20. 10. 1975 erstattete der Parteivorsitzende einen poli-tischen Lagebericht, der vom Fraktionsvorsitzenden für den parlamentarischen Bereich ergänzt wurde.

Der Bundesvorstand diskutierte ferner über die Haltung der Union gegenüber dem Koalitionsentwurf zur Neufassung des § 218 StGB und empfahl der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, einen eigenen Entwurf einzubringen.

Weitere Beratungsthemen: - Hochschulrahmengesetz
- Berufliche Bildung

Am 3. 11. 1975 setzte der Bundesvorstand die Diskussion über die deutsch-pölnischen Vereinbarungen fort.

Am 12. 11. 1975 verabschiedete der Bundesvorstand einstimmig die von ihm überarbeitete Fassung der "Mannheimer Erklärung".

Der Bundesvorstand diskutierte ferner die durch den SPD-Vor-sitzenden Brandt in seiner Rede auf dem Mannheimer SPD-Partei-tag ausgelöste Vergiftung der politischen Atmosphäre und empfahl dem Parteivorsitzenden, die Ausführungen Brandts ("Si-cherheitsrisiko") in harter und unmißverständlicher Form zu-rückzuweisen.

Am 14. 1. 1976 berichtete der Parteivorsitzende über die po-litische Ausgangslage zu Beginn des Bundestagswahljahres. Generalsekretär Biedenkopf stellte den von der Bundesge-schäftsstelle erarbeiteten Rahmen der Wahlkampfstrategie und des Wahlkampfkonzeptes für die Bundestagswahl 1976 vor. Der Bundesvorstand stimmte den vom Parteivorsitzenden und Generalsekretär vorgetragenen Überlegungen zu und sprach sich dafür aus, eine gemeinsame Wahlkampfplattform der Union zu erarbeiten.

Bundesschatzmeister Kiep berichtete über die Finanzlage der Partei und über die Finanzierungsarbeit für den Bundestagswahlkampf.

Der Bundesvorstand stimmte dem von der Grundsatzprogramm-Kommission vorgeschlagenen Verfahren zur Behandlung des Grundsatzprogrammentwurfs zu.

Bei der Sitzung am 16. 2. 1976 beriet der Bundesvorstand die Konsequenzen, die sich aus der Regierungsübernahme der CDU in Niedersachsen ergeben.

Der Parteivorsitzende informierte den Bundesvorstand über den Stand der Polen-Debatte.

Der Fraktionsvorsitzende berichtete über die parlamentarische Behandlung der im Deutschen Bundestag anstehenden Themen:

- Deutsch-polnische Vereinbarungen
- Rentenanpassungsbericht der Bundesregierung
- Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung

Der Bundesvorstand nahm einen Bericht des Bundestagsvizepräsidenten von Hassel über die Zusammenarbeit christlich-demokratischer und anderer Parteien in Europa sowie über die geplante Gründung der "Europäischen Volkspartei" entgegen und faßte den Beschluß, an der Gründung der "Europäischen Volkspartei" mitzuwirken.

Am 22. 3. 1976 erörterte der Bundesvorstand außen- und innenpolitische Fragen sowie die Entscheidung der Union zu den deutsch-polnischen Vereinbarungen.

Bundesschatzmeister Kiep erstattete einen einführenden Bericht zu dem in Übereinstimmung mit dem Generalsekretär und dem Bundesfinanzausschuß vorgelegten Etat 1976 der Bundesgeschäftsstelle. Der Bundesvorstand beschloß die Annahme des Etat-Entwurfs einschl. der Empfehlungen des Bundesfinanz Ausschusses.

Weitere Beratungsthemen:

- Bildungspolitik
- Berufliche Bildung
- Jugendarbeitslosigkeit

Außerdem befaßte sich der Bundesvorstand mit der Vorbereitung des 24. Bundesparteitages der CDU in Hannover.

Der Bundesvorstand nahm einen Bericht des Medienbeauftragten der CDU entgegen und verabschiedete das "Medienpolitische Grundsatzpapier der CDU/CSU".

In seiner Sitzung am 26. April 1976 beglückwünschte der Bundesvorstand die CDU Baden-Württembergs zu ihrem großartigen Erfolg bei der Landtagswahl am 4.4.1976.

Dr. Kohl berichtete über die politische Lage und bekräftigte den Standpunkt der Union, daß ihre politischen und programmatischen Vorstellungen eine Zusammenarbeit mit Kommunisten kategorisch ausschließen.

Der Bundesvorstand war damit einverstanden, daß der Entwurf des Grundsatzprogramms durch Dr. von Weizsäcker der Öffentlichkeit vorgestellt wird. Er ging davon aus, daß der Entwurf im Winterhalbjahr 1976/77 auf einem Grundsatzforum der CDU behandelt und in den Gliederungen der Partei diskutiert werden wird; das Programm soll auf dem Bundesparteitag 1977 beraten und verabschiedet werden:

Weitere Beratungsthemen: - Wahlprogramm der Union
- Bildungspolitik

Präsidium

Das Präsidium tagte im Berichtszeitraum siebzehnmals.

5. 5. 1975

- Themen:
- Politische Lage nach den Landtagswahlen
 - in Nordrhein-Westfalen
 - im Saarland
 - Medienpolitik der CDU

26. 5. 1975

- Themen:
- Gedankenaustrausch des Parteivorsitzenden und Fraktionsvorsitzenden mit dem amerikanischen Außenminister Kissinger
 - Portugal
 - Spanien
 - KSZE
 - Berlin
 - Mitbestimmung
 - Vermögensbildung
 - Reform des § 218 StGB
 - Vorbereitung einer gemeinsamen Sitzung der Präsidien von CDU und CSU
 - Vorbereitung 23. Bundesparteitag

9. 6. 1975

- Themen:
- Europäische Gemeinschaft (Votum Großbritanniens)
 - Mitbestimmung
 - Reform § 218 StGB
 - Berufliche Bildung
 - Hochschulrahmengesetz
 - Ausgabenkürzungen der Bundesregierung bei Gesetzesvorhaben
 - Vorbereitung der gemeinsamen Sitzung der Präsidien von CDU und CSU
 - Vorbereitung 23. Bundesparteitag

22. 6. 1975

- Thema:
- 23. Bundesparteitag

4. 8. 1975

Themen:

- KSZE
- Deutsch-polnische Vereinbarungen
- Wirtschafts-, Finanz- und Konjunkturpolitik
- Arbeitsmarktsituation
- Kostenentwicklung in den Bereichen der sozialen Sicherung
- Berufliche Bildung
- § 218 StGB
- Radikalen-Urteil des Bundesverfassungsgerichts
- Zusammenarbeit christlich-demokratischer und konservativer Parteien Europas

1. 9. 1975

Themen:

- Steuererhöhungspläne und Haushaltskürzungsvorschläge der Bundesregierung
- Medienpolitik
- Entwicklung in Spanien
- 100. Geburtstag von Dr. Konrad Adenauer

15. 9. 1975

Themen:

- Haushaltsbeschlüsse der Bundesregierung
- Wirtschaftsprobleme des Landes Bremen
- Wahlkampfsituation in Bremen
- Treffen christlich-demokratischer und konservativer Parteiführer in Klesheim
- Deutsch-polnische Vereinbarungen
- Weitergabe des DGB-Protokolls über ein mit dem CDU-Präsidium am 6.3.1972 geführtes Gespräch an den damaligen Bundeskanzler Brandt

22. 9. 1975

Themen:

- Politische Lage nach der Bürgerschaftswahl in Bremen
- Moskau-Reise des Parteivorsitzenden
- § 218 StGB
- Neumitgliederuntersuchung

3. 11. 1975

Themen:

- Politische Lage
- Deutsch-polnische Vereinbarungen

24. 11. 1975

- Themen:
- Nominierung der Führungsmannschaft
 - Wahlkampfstrategie und Wahlkampf vorbereitung
 - Jahresgutachten 1975/76 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
 - Wirtschafts- und Finanzpolitik
 - Haushaltsstrukturgesetz
 - Hochschulrahmengesetz
 - Berufliche Bildung
 - Mitbestimmung
 - Bodenrechtsreform
 - Eherechtsreform
 - Novelle zum Verstromungsgesetz
 - Diffamierungskampagnen der SPD
 - Entwicklung in Spanien
 - Sondersitzung der UECD in Brüssel

8. 12. 1975

- Themen:
- Mitbestimmung
 - Ehe- und Familienrecht
 - Bodenrecht
 - Berufliche Bildung
 - Hochschulrahmengesetz
 - Sicherheitspolitische Leitsätze

15. 12. 1975

- Themen:
- Mitbestimmung
 - Hochschulrahmengesetz
 - Ehescheidungsgesetz
 - Rentenanpassungsgesetz
 - Vorbereitung Bundestagswahlkampf 1976
 - Betriebsratswahlen/Betriebsgruppenarbeit

12. 1. 1976

- Themen:
- Verfassungsfeinde im öffentlichen Dienst
 - Berufliche Bildung
 - Deutsch-polnische Vereinbarungen
 - Diffamierungskampagne der SPD
 - Entwicklung in Spanien
 - Bericht des belgischen Ministerpräsidenten Leo Tindemans zur Europäischen Union

2. 2. 1976

- Themen:
- Politische Lage in Niedersachsen
 - Vierte Partei
 - Agrarprogramm der CDU/CSU
 - Zusammenarbeit christlich-demokratischer und anderer Parteien in Europa

9. 2. 1976

Themen:

- Regierungsübernahme der CDU in Niedersachsen
- Gespräche des Parteivorsitzenden mit führenden französischen Politikern in Paris
- Kongreß "Europäische Bewegung" in Brüssel
- Deutsch-polnische Vereinbarungen

8. 3. 1976

Themen:

- Deutsch-polnische Vereinbarungen
- Aussiedler-Betreuung
- Angola
- Berlin
- Europa-Politik
- Landtagswahlkampf Baden-Württemberg
- Vierte Partei
- Zukunftschancen der jungen Generation

5. 4. 1976

Themen:

- Politische Lage nach der Landtagswahl in Baden-Württemberg
- Europa-Politik
- Berufsbildungsgesetz
- Vorbereitung 24. Bundesparteitag
- Leistungssportplan der CDU
- Mitbestimmung
- Ehe- und Familienrecht

Präsidiumskontaktgespräche

Während des Berichtszeitraumes führte das Präsidium folgende Konktaktgespräche durch:

- | | |
|-------------|---|
| 8. 10. 1975 | Deutsche Bischofskonferenz |
| 3. 11. 1975 | CDU-Gremienmitglieder der ARD und des ZDF |
| 21. 1. 1976 | Rat der EKD |

Landesgeschäftsführerkonferenzen

Die Landesgeschäftsführerkonferenz tagte im Berichtszeitraum siebenmal.

Auf der Sitzung am 7. 5. 1975 gab der Generalsekretär einen ausführlichen Bericht über die politische Lage nach den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und im Saarland.

Weitere Themen: - Betriebsratswahlen
- Vorbereitung 23. Bundesparteitag
- Wanderausstellung 100 Jahre Adenauer

Am 17./18. 9. 1975 waren die Teilnehmer der LGFK Gäste des Bezirksverbandes Südbaden in Bad Krozingen.

Themen: - Bericht des Generalsekretärs über die strategische Ausgangsposition der CDU im Hinblick auf den Bundestagswahlkampf
- Mitgliedermobilisierung
- Neumitgliederuntersuchung
- Einheitliche Besoldungsrichtlinien
- Wanderausstellung 100 Jahre Adenauer
- Ziele und Aufgaben der UBG
- Fachkongresse der Bundespartei

5. 11. 1975

Der Generalsekretär erläuterte die Haltung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu den deutsch-polnischen Vereinbarungen.

Er informierte die LGFK ferner über die Haltung der CDU

- zur Neufassung des § 218 StGB
- zum Berufsbildungsgesetz
- zum Hochschulrahmengesetz

Weitere Themen: - Vorbereitung Bundestagswahlkampf 1976
- Veranstaltungen zum 100. Geburtstag von Konrad Adenauer
- Zusammenarbeit mit dem RCDS

20. 1. 1976

Themen: - Vorbereitung Bundestagswahlkampf
- Wahlkampfstrategie
- Betriebsgruppenarbeit
- Archiv für christlich-demokratische Politik

18. 2. 1976

Der Generalsekretär berichtete über die
Beschlußfassung der Führungsmannschaft
und der Ministerpräsidenten der Union
zur Behandlung der deutsch-polnischen
Vereinbarungen..

Weitere Themen: - Vorbereitung Bundestagswahlkampf
- Auswertung der Mobilisierungsaktion I
- Vorstellung der Mobilisierungsaktion II
- Delegiertenschlüssel für Bundesparteitage

24. 3. 1976

Themen:

- Vorbereitung Bundestagswahlkampf
- Wahlkampfabkommen
- Vorbereitung 24. Bundesparteitag

29. 4. 1976

Themen:

- Vorbereitung Bundestagswahlkampf
- Vorbereitung 24. Bundesparteitag

Besprechungen mit den Geschäftsführern der Vereinigungen

Besprechungen mit den Geschäftsführern der Vereinigungen fanden statt am:

29. 10. 1975

12. 2. 1976 zuzügl. Institutsleiter
der Konrad-Adenauer-Stiftung

29. 4. 1976

Außerdem fand am 9.4.1976 ein Gespräch der Parteiführung mit den Bundesvorsitzenden und Schatzmeistern der Vereinigungen der CDU statt.

Thema der Sitzungen: Bundestagswahlkampf 1976

Regionale Mitarbeiterkonferenzen

- Am 23.1.1976 in Mannheim (LV Baden-Württemberg,
Rheinland-Pfalz, Saar-
land, Hessen)
- am 30.1.1976 in Düsseldorf (LV Rheinland und
Westfalen-Lippe)
- am 24.2.1976 in Hamburg (LV Schleswig-Holstein,
Hamburg, Niedersachsen,
Oldenburg, Braunschweig,
Berlin)

trafen die hauptamtlichen Mitarbeiter der Partei zu Regional-
konferenzen zusammen. Der Parteivorsitzende gab jeweils einen
aktuellen politischen Bericht und erläuterte die politischen
Schwerpunkte des bevorstehenden Bundestagswahlkampfes. Der
Generalsekretär ergänzte den Bericht durch eine ausführliche
Darstellung der Wahlkampfstrategie und der Wahlkampf-
taktik. Der Bundesgeschäftsführer erläuterte Einzelheiten der organi-
satorischen und werblichen Abwicklung des bevorstehenden Bun-
destagswahlkampfes. Die Berichte von Dr. Kohl, Prof. Bieden-
kopf und Karl-Heinz Bilke wurden eingehend diskutiert. Die
Anregungen der hauptamtlichen Mitarbeiter sind zwischenzeit-
lich in der Bundesgeschäftsstelle sorgfältig ausgewertet
worden.

Treffen mit den Wahlkreiskandidaten

Am 7.4.1976 trafen in Bonn die Direktkandidaten der Bundestags-
wahlkreise mit der Parteiführung zusammen. Der Parteivorsitzende
erstattete einen eingehenden politischen Bericht und stellte die
sachpolitischen Schwerpunkte des Wahlkampfes vor. Zu Fragen der
Wahlkampfstrategie und der technischen und werblichen Durchfüh-
rung des Bundestagswahlkampfes äußerten sich der Generalsekre-
tär und der Bundesgeschäftsführer. Den Wahlkreiskandidaten wur-
den umfangreiche Informations- und Werbematerialien übergeben
bzw. zugeschickt.

Hauptabteilung I

Organisation

Personal

Verwaltung

Abteilung Organisation

1. Parteiorganisation

Die seit Herbst 1973 durchgeführten Modellversuche wurden mit Ablauf des Jahres 1975 abgeschlossen. Sie brachten für die Gesamtpartei wichtige Erkenntnisse, die bei der Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes 1976 ausgewertet wurden, und zwar auf folgenden Gebieten:

1. Verbesserung der maschinellen Ausstattung der Kreisverbände,
2. Aufbau und Arbeitsweise eines parteieigenen Informationssystems,
3. Aufgabenverteilung im Kreisvorstand und
4. Aufbau von örtlichen parteieigenen Verteilerorganisationen.

Der Schwerpunkt der Arbeit im Referat Parteiorganisation lag ab August 1975 in den Vorbereitungsarbeiten für die Errichtung von Dienstleistungszentren. Im gesamten Bundesgebiet wurden 37 Dienstleistungszentren errichtet, weitere befinden sich in der Planung und sollen rechtzeitig zum Bundestagswahlkampf einsatzbereit sein. Dieser Arbeit gingen umfangreiche Erhebungen in der gesamten Bundespartei voraus, um einen Überblick über die technische und personelle Struktur aller Kreisgeschäftsstellen zu erhalten. Den Landesverbänden wurden Vorschläge zur technischen Ausrüstung sowie zu den Standorten der Dienstleistungszentren gemacht. Bei zahlreichen Bereisungen von Landes-, Bezirks- und Kreisverbänden wurden die anstehenden technischen und finanziellen Probleme besprochen. Mit den Dienstleistungszentren, die in enger Zusammenarbeit mit den Landesverbänden aufgebaut wurden, hat die Bundesgeschäftsstelle die Voraussetzung für die Verbesserung der Parteiorganisation geschaffen. Die Errichtung der Dienstleistungszentren entspricht einem Beschluß des 23. Bundesparteitag, in dem der Bundesvorstand beauftragt wurde, in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen dafür zu sorgen, daß durch Rationalisierung

und entsprechende Ausstattung ein Verbundsystem der Dienstleistungen von Bundesgeschäftsstelle, Landesgeschäftsstelle, regionalen Dienstleistungszentren und Kreisgeschäftsstellen geschaffen wird.

Ergänzend zu diesen Maßnahmen erfolgte der Anschluß dieser Dienstleistungszentren an das Informations- und Kommunikationssystem der Gesamtpartei durch den Aufbau eines Fernschreibnetzes, das im Wahlkampf schnell und aktuell arbeiten kann.

Von der Möglichkeit mehrtägiger Informationsbesuche in der Bundesgeschäftsstelle haben im Berichtszeitraum zahlreiche Geschäftsführer Gebrauch gemacht.

Innerhalb des Ballungszentrums Ruhrgebiet wurde mit Hilfe eines detaillierten Fragebogens eine Aufstellung über wirtschaftliche, bevölkerungspolitische und wahlkampftechnische Daten der einzelnen Kreisverbände erarbeitet. Die Befragung erstreckte sich dabei auf folgende Bereiche:

- a) Organisationsstruktur
- b) Mitgliederstruktur des Kreisverbandes
- c) Wirtschaftsstruktur
- d) Bevölkerungsstruktur
- e) Pendleranteil des Kreisgebiets

Außerdem wurden mit Hilfe dieses Fragebogens Adressendaten aus den Kreisverbänden zur Erstellung einer Multiplikatorenkartei erfaßt.

Die aus Anlaß des 100. Geburtstages von Konrad Adenauer in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung durchgeführte Wanderausstellung über Leben und Werk Konrad Adenauers wurde bei ihrer ersten Tournee durch das Bundesgebiet von der Abteilung Organisation organisatorisch betreut. Eine zweite Rundreise der Wanderausstellung mit dem Schwerpunkt im Ruhrgebiet folgt in den Monaten Mai, Juni und Juli.

Insgesamt wird diese Ausstellung nach Abschluß der Tourneen in 45 Städten des Bundesgebietes gezeigt worden sein.

2. Veranstaltungen

Vom Referat Veranstaltungen wurden folgende Fachkongresse und andere Tagungen organisatorisch vorbereitet bzw. unterstützt:

Entwicklungspolitischer Kongreß in Bonn
Empfang "25 Jahre CDU" in Bonn
Rechtspolitischer Kongreß in Karlsruhe
Bundesausschuß der CDU in Berlin
Eröffnung "Wanderausstellung 100 Jahre Konrad Adenauer" in Bonn
Gedenkfeier "100 Jahre Konrad Adenauer" in Bonn
Verleihung des Konrad-Adenauer-Preises der Kommunalpolitischen Vereinigung in Bonn
Agrarpolitischer Kongreß in Oldenburg
Bundesausschuß der CDU in Stuttgart
EAK-Jahrestagung in Stuttgart
Jugendforum in Böblingen sowie
Regionale Mitarbeiterkonferenzen in Mannheim, Düsseldorf und Hamburg

3. Besucherbetreuung

Die Zahl der Besucher der Bundesgeschäftsstelle, die vom Referat Protokoll/Besucher betreut werden, ist erneut angestiegen. Im Berichtszeitraum kamen 409 Gruppen mit 16.934 Teilnehmern in das Konrad-Adenauer-Haus. Seit Bestehen dieses Referates haben in den vergangenen 2 1/4 Jahren bei Informationsbesuchen mehr als 40.000 Personen einen Überblick über die Arbeit der Bundespartei und der Bundesgeschäftsstelle erhalten.

Für den "Tag der offenen Tür" im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn besteht weiterhin großes Interesse. Daher wurden am 4.10.1975 und am 3.4.1976 erneut zwei derartige Veranstaltungen durchgeführt, zu denen Parteimitglieder aus dem gesamten Bundesgebiet kamen, um sich über die politische Lage und die Arbeit der CDU-Bundesgeschäftsstelle zu informieren. Besonders bei Neumitgliedern erfreuen sich diese Veranstaltungen großer Beliebtheit.

4. Bundesrednervermittlung

Die durch Bundes- und Fachverbände an die Abteilung Organisation herangetragenen Wünsche zur Vermittlung von Repräsentanten und Referenten sind im Berichtsjahr erneut stark angewachsen. Dies ist darauf zurückzuführen, daß sich der gesamte vorpolitische Raum gerade vor Landtags- und Bundestagswahlen verstärkt um politische Repräsentanz bemüht.

Diese steigende Nachfrage zu erfüllen, ist insofern schwierig, da im Schnitt pro Veranstaltung 8 bis 10 Parteirepräsentanten befragt werden müssen. In Zusammenarbeit mit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion war die CDU jedoch in den meisten Fällen durch eine angemessene Vertretung präsent.

Landtagswahlkämpfe

Für den Berichtszeitraum galt es wiederum, den Redner-einsatz für 2 Landtagswahlen in Zusammenarbeit mit den betroffenen Landesverbänden durchzuführen:

Landtagswahl Bremen (28. 9. 1975)

42 Einsätze durch 15 Redner

Landtagswahl Baden-Württemberg (4. 4. 1976)

423 Einsätze durch 39 Redner

Außerhalb der Wahlkämpfe wurden folgende Rednereinsätze über die Abteilung Organisation vermittelt:

355 Einsätze durch 38 Redner

Abteilung Personal

Ständige Schwerpunkte liegen in der aktiven Personalwerbung und der Stellenbesetzung, die am Standort Bonn durch den Hauptkonkurrenten Öffentlicher Dienst erschwert werden.

Vorrangige Aufgabe ist die Systematisierung der Personalarbeit und ihre Abstimmung auf die Organisationsstruktur.

Zentrale Aufgabe im Arbeitsbereich Personalwesen war die Vorbereitung einer Vergütungsordnung für die Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle. Eine aus Beauftragten der Geschäftsführung und Mitgliedern des Betriebsrates zusammengesetzte Kommission erarbeitete einen Vorschlag nach dem Modell eines Gruppentarifs. Die Kommission legte im Dezember 1975 ihren Entwurf zusammen mit einem Arbeitsbericht vor. Geschäftsleitung und Betriebsrat haben diesem Entwurf zugestimmt. Die für die Einführung der Vergütungsordnung noch erforderlichen Arbeiten befinden sich im Abschlußstadium.

Im Arbeitsbereich Personalverwaltung wurde die Gehaltsabrechnung einschließlich der damit zusammenhängenden Arbeiten auf ein neues EDV-System umgestellt. Diese Maßnahme hat zu einer erheblichen Rationalisierung und aufgrund der erreichten Kostentransparenz zu einer wesentlich verbesserten Grundlage für die Kostenplanung geführt.

In den Berichtszeitraum fällt der Abschluß des 3. Fünfwochenkursus zur Aus- und Weiterbildung hauptamtlicher Mitarbeiter der Partei. Es haben insgesamt 72 Personen, überwiegend Kreisgeschäftsführer sowie Sozialsekretäre und Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle, an diesen Kursen teilgenommen. Diese Beteiligung mit durchschnittlich 24 Personen je Kursus liegt über Erwartungen hoch und weist aus, daß das Programm den tatsächlich vorhandenen Bildungsbedürfnissen gerecht wird.

Das Erprobungsstadium ist erfolgreich abgeschlossen. Nach einer Unterbrechung im laufenden Jahr wird das Kursusprogramm 1977 weitergeführt und ausgebaut.

In den Monaten März und April 1976 wurde mit einer Reihe von wahlkampf vorbereitenden Seminaren begonnen.

Sie wurden als Sonderform im Rahmen des Aus- und Weiterbildungsprogramms wiederum vor allem den hauptamtlichen Mitarbeitern auf Kreisverbandsebene angeboten und dienten der Information über die thematischen, werblichen und organisatorischen Vorbereitungen des Wahlkampfes sowie dem Erfahrungsaustausch.

Abteilung Verwaltung

Die Abteilung Verwaltung umfaßt folgende Bereiche:

1. Haushalt, Kasse, Buchhaltung, Versicherungen, Erstellung der Rechenschaftsberichte nach dem Parteiengesetz sowie Verwaltung der gemieteten Objekte.
2. Post, Versand, Fahrbereitschaft, Inventar- und Materialbeschaffung und -verwaltung.
3. Technische Dienste (Druckerei, ADREMA, Film, Ton, Schwachstromeinrichtungen).

Zu 1. -Versicherungen- ist hervorzuheben, daß ab Februar 1976 die im Jahre 1972 abgeschlossene Gruppen-Unfallversicherung, die sich auf einen abgegrenzten Personenkreis mit ehrenamtlichen Parteifunktionen erstreckte, auf alle Mitglieder der CDU und ihrer Vereinigungen ausgedehnt wurde, sofern sie in irgendeiner Weise ehrenamtlich für die Partei tätig werden. Diese erhebliche Ausdehnung des Versichertenkreises wurde ohne wesentliche Prämienerhöhung ermöglicht.

Der Abteilung Verwaltung ist zugeordnet die Geschäftsführung der Stiftung Versorgungswerk. Bekanntlich hat die CDU 1968 für ihre hauptberuflichen Mitarbeiter auf allen Ebenen die Stiftung Versorgungswerk Christlich Demokratische Union Deutschlands als selbständige Stiftung des Bürgerlichen Rechts in Fortführung einer seit 1963 bestehenden betrieblichen Altersversorgung errichtet.

Zur Zeit gehören 387 hauptberufliche Mitarbeiter zum Kreis der Leistungsanwärter der Stiftung; an 88 ehemalige hauptberufliche Mitarbeiter der Partei bzw. deren Hinterbliebene werden zur Zeit laufende Renten gezahlt, und 19 ehemalige hauptberufliche Mitarbeiter erhielten seit Bestehen der betrieblichen Altersversorgung der CDU einmalige Abfindungen statt Rente. An 82 Mitarbeiter wurden beim Ausscheiden nach über zehnjähriger CDU-Tätigkeit Beträge in Höhe der Rückkaufswerte der für sie abgeschlossenen Rückdeckungsversicherungen ausbezahlt.

Abteilung organisatorische Sonderaufgaben

Die Abteilung nahm bei der Vorbereitung und Durchführung von Reisen des Parteivorsitzenden Sonderaufgaben wahr, bis zum 31. 12. 1975 auch von Reisen des Generalsekretärs. Außerdem hält die Abteilung den Kontakt zu den CDU/CSU-Betriebsgruppen in den Ministerien und obersten Bundesbehörden. Neue Arbeitskreise wurden im Berichtszeitraum bei einigen Bundesoberbehörden eingerichtet. Zu den Bediensteten, die im Ausland tätig sind, wurden weitere Kontakte geknüpft. Die Abteilung gibt den "ibb" - Informationsdienst für Bonner Bundesbeschäftigte - jeweils in einer Auflage von 3 600 Exemplaren heraus.

Im Berichtszeitraum wurde der Abteilung der Bereich Personalplanung zugeordnet. Die EDV-gesteuerte Personalplanung hat sich als technisches System bewährt. Im Berichtszeitraum wurde der Bestand aktualisiert und zum Teil bereinigt. Informations- und Kooperationsprobleme zwischen der Bundesgeschäftsstelle und den Parteigliederungen sind weitgehend beseitigt worden.

Hauptabteilung II

Politik

Dokumentation

Information

Abteilung Politik

Die Arbeit der Abteilung Politik konzentrierte sich im Berichtszeitraum neben der Beantwortung von Anfragen und Anregungen aus der Parteimitgliedschaft und der Bevölkerung auf die inhaltliche Vorbereitung des Bundesparteitages in Mannheim sowie auf die Sitzungen des Präsidiums und des Bundesvorstandes. Ferner erarbeitete die Abteilung Texte für die Broschüren-Reihe "Argumente, Dokumente, Materialien", UfD-Dokumentationen, Argumentationskarten, Flugblätter, "CDU-Telegramme" und sonstige Informationsmaterialien. Zur Vorbereitung der Bundestagswahl 1976 leistete die Abteilung Vorarbeiten für die Wahlkampfplattform und das Europäische Manifest und erstellte ein Wahlkampfhandbuch. Die Abteilung Politik führt ferner die Geschäfte der Bundesfachausschüsse und der Kommissionen.

Bundesfachausschüsse und Kommissionen

Bundesarbeitskreis Christlich Demokratischer Juristen (BACDJ)

Vors.: Friedrich Vogel MdB

1 Mitgliederversammlung

Vorstand und Koordinierungsausschuß

Vors.: Friedrich Vogel MdB

Anzahl der Sitzungen: 4

Folgende Themen wurden außerdem behandelt:

- Gesetzentwurf der CDU/CSU-Bundestagsfraktion über Allgemeine Geschäftsbedingungen
- Verbraucherschutz
- Terrorismus
- Baader-Meinhof-Prozesse

- Sicherung der Rechtsprechung bei strafrechtlichen Großverfahren
- Vor- und außergerichtliche Rechtshilfe und Rechtsberatung für Bürger mit geringen Einkommen
- Unlautere Werbemethoden
- Ehe- und Familienrecht (Koordinierung mit den Landesjustizministerien)
- Neuregelung von § 218 StGB (Koordinierung mit den Landesjustizministerien)
- Zukunftsprobleme der Rechtspolitik
- Juristische Informationssysteme
- Gespräche mit juristischen Fachverbänden
- Herausgabe eines internen Informationsdienstes
- Vorbereitung und Durchführung des Rechtspolitischen Kongresses der CDU/CSU am 4./5. Dezember 1975

Rechtspolitischer Kongreß der CDU/CSU am 4./5. Dezember 1975 in Karlsruhe unter dem Motto "Recht sichert die Freiheit". Grundsatzreden zum Tagungsthema von Dr. Kohl MdL und Friedrich Vogel MdB.

Wissenschaftliche Arbeitstagungen in Zusammenarbeit mit der Politischen Akademie Eichholz der Konrad-Adenauer-Stiftung zu folgenden Themen:

- Wirtschaftskriminalität
- Justizreform
- Vor- und außergerichtliche Rechtshilfe für Personen mit geringen Einkommen
- Zukunftsprobleme der Rechtspolitik
- Verfassungspolitik

Fachkommissionen

- Verfassungsrecht

Vors.: Dr. Carl Otto Lenz MdB

Anzahl der Sitzungen: 4

- Ehe- und Familienrecht

Vors.: Professor Dr. Wilfried Schlüter

Anzahl der Sitzungen: 4

- Verbraucherschutz (in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Juristen der CSU)

Vors.: Staatsminister Dr. Karl Hillermeier MdL

Anzahl der Sitzungen: 4

- Strafrechtsreform

Vors.: Dr. Heinz Eyrich MdB

Anzahl der Sitzungen: 3

- Vereinheitlichung der öffentlich-rechtlichen Verfahrensordnungen

Vors.: Professor Dr. Gerhard Meyer-Hentschel

Anzahl der Sitzungen: 3

Arbeitsgruppe "Rechtspolitischer Kongreß"

Vors.: Justizminister Otto Theisen MdL

Anzahl der Sitzungen: 4

Arbeitsgruppe "JURIS"

Vors.: Oberstaatsanwalt Helmut Rehborn

Anzahl der Sitzungen: 2

Bundesausschuß Innenpolitik

Vors.: Staatsminister Heinz Schwarz MdL

Anzahl der Sitzungen: 3

Folgende Beschlüsse wurden gefaßt:

- Konzept der CDU zur Ausländerpolitik
- Bessere Berücksichtigung kommunaler Belange
- Mitbestimmung in kommunalen Unternehmen
- Hauptprobleme der Verwaltungsreform
- Thesen der CDU zur Inneren Sicherheit

Folgende Themen wurden außerdem behandelt:

- Reform des öffentlichen Dienstes
- Begrenzung der öffentlichen Personalkosten
- Fachhochschulen für den gehobenen öffentlichen Dienst

Fünf Gespräche mit Gewerkschaften und Berufsvertretern zu den Themen:

- Reform des öffentlichen Dienstes
- Mitbestimmung in kommunalen Unternehmen
- Personalstrukturgesetz für den Bundesgrenzschutz

Fachkommissionen

- Ausländerpolitik

Vors.: Frau Dr. Kunze

Anzahl der Sitzungen: 4

- Innere Sicherheit

Vors.: Staatssekretär Joachim Dorenburg

Anzahl der Sitzungen: 4

- Besoldungskonzeption
Vors.: Friedrich Vogel MdB
Anzahl der Sitzungen: 4
- Bund-Länder-Verhältnis
Vors.: Staatssekretär Professor Herzog
Anzahl der Sitzungen: 2
- Fachhochschulen für den öffentlichen Dienst
Vors.: Gerulf Herzog
Anzahl der Sitzungen: 1

Bundesfachausschuß Sport

Vors.: Dr. Hans Evers MdB

Anzahl der Sitzungen: 4

Zu folgenden Themen wurden Beschlüsse gefaßt:

- Leitsätze der CDU zur Freizeit
- Leistungssportplan

Zu folgenden Themen werden zur Zeit noch Beschlußpapiere vorbereitet:

- Sozialisation durch Sport
- Richtlinien für die kommunale Sportförderung

Unterausschüsse:

Kommission: Sozialisation durch Sport

Vors.: Agnes Hürland MdB

Anzahl der Sitzungen: 4

Arbeitskreis Leistungssport

Vors.: Michael Sauer

Anzahl der Sitzungen: 3

Bundesfachausschuß Wirtschaftspolitik

Vors.: Ministerpräsident Dr. Ernst Albrecht MdL

Anzahl der Sitzungen: 7

Zu folgenden Themen wurden Beschlüsse gefaßt:

- Konjunkturpolitisches Programm der CDU Deutschlands
- Verbraucherpolitisches Programm der CDU
(Stellungnahme zum Entwurf des Verbraucherausschusses der Frauenvereinigung)

Folgende Themen wurden außerdem behandelt:

- Mehrfache Erörterung der aktuellen konjunkturellen Lage.
- Die Investitions- und Wachstumsschwäche der deutschen Wirtschaft und ihre Ursachen
- Wachstum und Strukturwandel
- Förderung der mittelständischen Wirtschaft
- Umweltvorsorge '76
- Mitbestimmung
- Energiepolitik

Bundesfachausschuß Strukturpolitik

Vors.: Dr. Horst Waffenschmidt MdB

Anzahl der Sitzungen: 2

Zu folgenden Themen wurden Beschlüsse gefaßt:

- Neuorientierung der Wohnungsbau- und Wohnungsbau-förderungspolitik
- Programm "Umweltvorsorge '76"

Folgende Themen wurden außerdem behandelt:

- Partizipation
- Verkehrspolitisches Programm

Unterausschüsse:

- Ballungsräume

Vors.: Frau Ruth Beckmann MdL

Anzahl der Sitzungen: 2

- Umweltfragen

Vors.: Dr. Herbert Gruhl MdB

Anzahl der Sitzungen: 3

Ad-hoc-Arbeitsgruppe "Verkehrspolitik"

Vors.: Dr. Dieter Schulte MdB
Anzahl der Sitzungen: 7

Arbeitsgruppe "Regionalpolitik" der CDU/CSU

Vors.: Minister Dr. Jürgen Westphal MdL
Anzahl der Sitzungen: 1

Parlamentariergruppe der CDU/CSU für Umweltfragen

Vors.: Dr. Benno Weimann
Anzahl der Sitzungen: 5

Bundesfachausschuß Agrarpolitik

Vors.: Dr. Burkhard Ritz MdB

Anzahl der Sitzungen: 2
Anzahl der Vorstandssitzungen: 3

Folgende Themen wurden behandelt:

- Verabschiedung des Agrarprogramms der CDU und der CSU ("Unsere Agrarpolitik in einer freien Gesellschaft")
- Durchführung des Bauernkongresses 1976 in Oldenburg am 13./14. Februar 1976
- Wahlkampf 1976 im ländlichen Raum

Ad-hoc-Kommissionen:

- Agrarprogramm

Vors.: Staatssekretär Hanns-Günther Hebbeln
Anzahl der Sitzungen: 5

- Bauernkongreß

Vors.: Staatssekretär Hanns-Günther Hebbeln
Anzahl der Sitzungen: 2

- Überarbeitung des verabschiedeten Agrarprogramms

Vors.: Staatssekretär Hanns-Günther Hebbeln
Anzahl der Sitzungen: 2

Bundesfachausschuß Sozialpolitik

Vors.: Staatsminister Dr. Heinrich Geissler MdL

Anzahl der Sitzungen: 4

Zu folgenden Themen wurden Beschlüsse gefaßt:

- Programm für ältere Menschen
- Leitsätze zur Familienpolitik

Folgende Themen wurden außerdem behandelt:

- Soziale Berufe (Hearing am 1. Dezember 1975)
- Probleme der Rentenversicherungsanstalt
- Arbeitslosigkeit und Folgen für die Bundesanstalt für Arbeit
- Gesetzliche Krankenversicherung und Kostenexplosion im Gesundheitswesen
- Altenpolitik
- Familienpolitik

Folgende Themen wurden in Unterausschüssen beraten:

- Aufgaben, Möglichkeiten und Grenzen künftiger Sozial- und Arbeitsmarktpolitik
- Familienpolitik
- Altenprogramm
- Sozial benachteiligte Gruppen
- Soziale Berufe
- Finanzierung und Struktur der Gesundheitspolitik
- Mensch und Arbeit
- Sozial- und Arbeitsgesetzbuch
- Europäische Sozialpolitik
- Ausländische Arbeitnehmer
- Umweltschutz
- Rentenversicherung

Bundesfachausschuß Gesundheitspolitik

Vors.: Professor Dr. Fritz Beske

Anzahl der Sitzungen: 4

Anzahl der ad-hoc-Gruppensitzungen: 5

Folgendes Thema wurde behandelt:

- Erarbeitung des Entwurfes eines gesundheitspolitischen Programms

Bundeskulturausschuß

Vors.: Kultursminister Dr. Bernhard Vogel MdL

Anzahl der Sitzungen: 4

Klausurtagung: 1

Folgende Themen wurden behandelt:

- Erarbeitung "Bildungspolitische Schwerpunkte der Union für die Bundestagswahl 1976"
- Beratung des "Kulturpolitischen Programms 1976" (Vorgelegt von den Kultusministern der unions-regierten Länder)
- Auswärtige Kulturpolitik
- Berufliche Bildung / Berufsbildungsgesetz
- Lehrerschwemme
- Hochschulrahmengesetz
- Bundesausbildungs- und Förderungsgesetz
- Bildungspolitischer Zwischenbericht der Bundesregierung

Beirat für Hochschul- und Forschungspolitik

Vors.: Kultusminister Dr. Bernhard Vogel MdL

Anzahl der Sitzungen: 2

Folgende Themen wurden behandelt:

- Hochschulrahmengesetz
- Hochschulzugang / Parkstudium
- Hochschulforschung und Forschungsförderung
- Bundesausbildungsförderungsgesetz

Jugendpolitischer Beirat

Vors.: Dietrich Rollmann MdB

Anzahl der Sitzungen: 6

Folgende Themen wurden behandelt:

- Vorbereitung des Jugendforums der CDU unter dem Titel: "CDU - Partner der Jugend" am 20./21. März 1976 in Böblingen und Erstellung einer vorbereitenden Broschüre für diesen Jugendkongreß
- Fortschreibung der Jugendpolitischen Leitsätze vom 23. September 1974
- Erstellung der Broschüre "Jugendpolitische Zwischenbilanz in der 7. Legislaturperiode", Versäumnisse der Bundesregierung und Aktivitäten der CDU

- Flankierende Maßnahmen zur Jugendarbeitslosigkeit
- Jugendfreizeitstätten
- Deutsches Jugendinstitut in München
- Jugendhilfegesetz
- Perspektivplan zum Bundesjugendplan

Außenpolitische Kommission

Vors.: Dr. G. Schröder MdB

Anzahl der Sitzungen: 5

Es wurde folgender Beschluß gefaßt:

Leitlinien zur Deutschland- und Außenpolitik der CDU

Unterkommission Entwicklungspolitik:

Vors.: Dr. G. J. Todenhöfer MdB

Anzahl der Sitzungen: 11

Es wurde folgender Beschluß gefaßt:

Entwicklungspolitische Konzeption der CDU

Bundesfachausschuß Sicherheitspolitik

Vors.: Dr. Egon A. Klepsch MdB

Anzahl der Sitzungen: 5

Folgende Beschlüsse wurden gefaßt:

- Verteidigung als Teil deutscher Sicherheitspolitik (Leitlinien)
- Wahlprogramm zur Verteidigungspolitik der CDU
- Verbesserung des Ausbildungssystems der Streitkräfte
- Stellung der Frau in den Streitkräften
- Rüstungsexport der Bundesrepublik Deutschland

Folgende Themen wurden außerdem behandelt:

- Standardisierung der Rüstung im NATO-Bereich
- Neuordnung des Bildungswesens der Streitkräfte

Arbeitskreise und Ausschüsse der Frauenvereinigung

Strategie-Kommission

Vors.: Dr. Dorothee Wilms
Liselotte Pieser, MdB
Anzahl der Sitzungen: 3

Folgenden Themen wurden behandelt:

- Theoretische Grundlagen der Gleichberechtigung
- Zusammenarbeit mit Verbänden
- Strategie für die Bundestagswahl 1976

Ergebnis:

Wahlkampfstrategie '76 - Vorlage für den Hauptausschuß
der Frauenvereinigung

Medienerziehung

Vors.: Dr. Anne Beelitz
Anzahl der Sitzungen: 5

Folgende Themen wurden behandelt:

- Kind und Fernsehen
- Tendenzen in Kinder- und Jugendprogrammen
- Der Zuschauer und seine Möglichkeiten der Mitgestaltung
in Hörfunk und Fernsehen

Ergebnisse:

- Vorlage "Umgang mit Hörfunk und Fernsehen"
- Fachtagung in der Politischen Akademie Eichholz: "Medienwirkung"
- Regionale Fachtagungen

Verbraucherausschuß

Vors.: Irma Blohm
Anzahl der Sitzungen: 3

Folgende Themen wurden behandelt:

- 2. Verbraucherbericht der Bundesregierung
- EG-Verbraucherprogramm
- 5. Verbraucherwoche (AGV)
- Regionaler Verbraucher-Kongreß in Hessen
- Flexible Ladenöffnungszeiten
- Der Verbraucher und seine Verbände
- Verbrauchersendungen im Rundfunk
- Der Einfluß der Werbung auf den Verbraucher

Folgender Beschluß wurde gefaßt:

- Verbraucherpolitisches Programm

Abteilung Information/Dokumentation

Die Abteilung Information/Dokumentation hat die Aufgabe, die für die Arbeit der Partei auf allen Ebenen wichtigen Informationen zu sammeln, auszuwerten und für die verschiedenen Informationsdienste zu verwerten. Neben den laufenden Arbeiten übernahm die Abteilung zunehmend Aufgaben im Hinblick auf die Vorbereitung und Durchführung des Bundestagswahlkampfes.

Der argumentative Teil des UiD wurde gegenüber den Berichts- und Meldungsteilen weiter verstärkt (seit November 1975 hat die UiD-Dokumentation - grüner Teil - ein eigenes Impressum und kann gesondert bezogen werden).

Zusätzlich zu den Standard-Diensten (5 verschiedene Presseschauen, Tagesdienste, Interne Informationen - insgesamt 26 Ausgaben pro Woche) sowie 19 Ausgaben der "Wahlkampf-Informationen" für den Landtagswahlkampf in Baden-Württemberg (19. Januar bis 19. März 1976) wird seit dem 28. Januar ein Wochendienst "Wahlkampf-Informationen" herausgegeben, der an die Kreisverbände geht und in der Vorwahlkampfphase bis zur Ablösung durch den Bundestags-Wahlkampfdienst Ende Juli erscheinen wird; vor allem mit dem Anhang dient er zugleich als Artikeldienst für Informationsdienste und Kleinzeitungen in den Kreisverbänden.

In der Gruppe Dokumentation/Archiv haben die Auskünfte und Materialzusammenstellungen weiter zugenommen. Im einzelnen ergaben sich folgende Zahlen:

Telefonauskünfte: täglich etwa 50
Materialzusammenstellungen:
monatlich über 500, im Durchschnitt 29.500
Kopien von Archivmaterial.

Anfragen und Materialanforderungen werden gestellt von:

- allen Abteilungen der Bundesgeschäftsstelle,
- Bundes- und Landtagsfraktionen, Landes- und Kreisverbänden,
- Presse, Rundfunk und Fernsehen,
- Verbänden,
- Instituten,
- Einzelpersonen

Der Anteil der Bundesgeschäftsstelle beträgt rund 40 %.

Hauptabteilung III

Presse- und Öffentlich- keitsarbeit

Abteilung Medienpolitik

Medienkonzept

Das Medienpapier der Union wurde im Dezember 1975 nochmals redaktionell leicht überarbeitet. Am 22. März 1976 verabschiedete der Bundesvorstand auf seiner Sitzung in Bonn das Medienpolitische Grundsatzpapier.

Koordinierungsausschuß für Medienpolitik der CDU/CSU

In einer gemeinsamen Sitzung aller der CDU angehörenden Gremienmitglieder in der ARD und im ZDF mit dem CDU-Präsidium am 3. November 1975 hat Dr. Helmut Kohl die Ernennung von Dr. Christian Schwarz-Schilling zum medienpolitischen Sprecher der CDU bekanntgegeben.

Dr. Schwarz-Schilling leitete von diesem Zeitpunkt an den Koordinierungsausschuß für Medienpolitik, in dem CDU und CSU vertreten sind.

Die zehn Mitglieder des Koordinierungsausschusses tagen ein- bis zweimal monatlich und haben die Aufgabe, Präsidien und Vorständen von CDU und CSU Entscheidungshilfen zu allen medienpolitischen Problemen vorzulegen, die medienpolitischen Aktivitäten der CDU und CSU zu koordinieren sowie eine einheitliche Sprachregelung innerhalb von CDU/CSU zu allen aktuellen medienpolitischen Themen zu erreichen. Zur Unterstützung des Ausschusses wurden Arbeitsgruppen (Arbeitsgruppe Kabelkommunikation, Arbeitsgruppe Presse, Arbeitsgruppe Nachwuchsförderung) eingesetzt.

Hörfunk und Fernsehen

Vordringliche Aufgabe der Abteilung Medienpolitik ist es, den Kontakt zu den Mitgliedern in den Hörfunk- und Fernsehanstalten aufrechtzuerhalten und zu pflegen. So wurden bei verschiedenen Rundfunkanstalten neue Freundeskreise der CDU gegründet.

Vom 20. bis 22. Oktober 1975 fand in enger Zusammenarbeit zwischen der Abteilung Medienpolitik und der Politischen Akademie Eichholz eine Studientagung für Hörfunk- und Fernsehjournalisten unter dem Thema "Politik und Unterhaltung" mit Teilnehmern aus allen Anstalten der ARD und des ZDF statt.

Am 3. November 1975 trafen alle der CDU angehörenden Gremienmitglieder der ARD und des ZDF mit dem CDU-Präsidium in Bonn zusammen.

Wichtigstes Ergebnis dieser Zusammenkunft war eine weitere Verbesserung der Information durch die Bundesgeschäftsstelle. Inzwischen erhalten alle der CDU/CSU angehörenden Gremienmitglieder regelmäßig von der Abteilung Medienpolitik herausgegebene Informationen.

Die Abteilung Medienpolitik organisierte auch die Besprechung der Gremienvorsitzenden der CDU/CSU anlässlich der ARD-Hauptversammlung (24. 6. 75 u. 9. 12. 75) sowie eine Sitzung des Koordinierungsausschusses für Medienpolitik der CDU/CSU mit allen der CDU/CSU angehörenden Intendanten, Programmleitern und Chefredakteuren am 22. März 1976.

Am 23. Februar 1976 fanden in Frankfurt eine Sitzung des Koordinierungsausschusses und eine Sitzung der Arbeitsgruppe Gremien statt. Aufgabe dieser Arbeitsgruppe ist es, die rundfunk- und fernsehpolitischen Grundsätze der CDU/CSU mitzugestalten sowie dem Koordinierungsausschuß als Ansprechpartner für die einzelnen Gremien zur Verfügung zu stehen.

Programmbeobachtung

Im Jahr 1975 wurde mit der Programmbeobachtung ein zusätzlicher Aufgabenbereich der Abteilung Medienpolitik geschaffen. Hier werden die wichtigsten politischen Fernsehsendungen wie Magazine, Diskussionsreihen etc. regelmäßig beobachtet und aufgezeichnet. Die Auswertung der einzelnen Sendungen geschieht noch am Tage ihrer Ausstrahlung und dient am nächsten Morgen in der Bundesgeschäftsstelle als Unterlage für etwaige Stellungnahmen.

Aufgabe der Programmbeobachtung ist es außerdem, den führenden Bundes- und Landespolitikern, die aus Zeitgründen nicht jede Sendung sehen können, einen Informationsservice zu bieten, gewisse politische Trends festzuhalten und in Fällen schwerer Verstöße gegen das Ausgewogenheitsgebot der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zu intervenieren.

Presse

Die Abteilung Medienpolitik beobachtet darüber hinaus die Entwicklung im gesamten Medienbereich, vor allem auch die Konzentrationsbewegungen im Pressewesen.

Zu den Tageszeitungen in den verschiedenen Regionen der Bundesrepublik Deutschland wurde ein engerer Kontakt hergestellt. So wurden bisher in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland, Hessen, Hamburg, Berlin und in Nordrhein-Westfalen alle lokalen Tageszeitungen besucht.

Bei den Fragen der Fusion und Konzentration von Tageszeitungen hat die Abteilung Medienpolitik die Aufgabe, den engen Kontakt mit der Arbeitsgruppe Medienpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu halten und ihre medienpolitische Arbeit aufeinander abzustimmen. Ein Vertreter der Abteilung Medienpolitik nimmt regelmäßig an der Sitzung der Arbeitsgruppe teil.

Die Abteilung Medienpolitik hält nicht nur engen Kontakt zu den Tageszeitungen, sondern auch zu den in der Bundesrepublik Deutschland erscheinenden Zeitschriften und Illustrierten.

Film

Am 17. Januar 1976 fand in München ein filmpolitisches Hearing statt, bei dem die CDU/CSU der Filmwirtschaft und den Filmschaffenden sogenannte filmpolitische Initiativen und ein Arbeitspapier zur sozialen Lage von Film- und Fernsehschaffenden vorlegte und mit ihnen diskutierte.

Die Abteilung Medienpolitik hat mit Beginn der neuen Arbeitsperiode der Filmförderungsanstalt am 1. 3. 76 auch die Geschäftsführung für die Mitglieder der CDU/CSU in der Filmförderungsanstalt Berlin übernommen.

Kabelkommission

Die zweijährigen Beratungen der Kommission für den Ausbau des technischen Kommunikationssystems (KtK), die im Frühjahr 1976 abgeschlossen wurden, haben das Problem der Kabelkommunikation zu einem zentralen medienpolitischen Thema gemacht. Unter Leitung von Herrn Prof. Dr. Klein MdB wurde eine kleine Kommission eingesetzt,

die unter Beteiligung von Fachberatern in vier Sitzungen (16. 9./24. 10./11. 12. 75 u. 20. 1. 76) die Grundposition der CDU zu diesem Problemkreis erarbeitete. Die Stellungnahme der CDU/CSU zum KtK-Bericht wurde am 27. Januar 1976, dem Tag der Veröffentlichung des KtK-Berichts, in einer Pressekonferenz in Bonn der Öffentlichkeit übergeben.

Die Kommission arbeitet gegenwärtig an einem speziellen Problem der Kabelkommunikation, der Ausgestaltung der geforderten Pilotprojekte. Die Union wird auch hier ihre Vorstellungen zu den geplanten Modellversuchen konkretisieren. Bisher fanden zwei Sitzungen (18. 3./9. 4. 76) dieser Projektkommission statt, deren Geschäftsführung in den Händen der Abteilung Medienpolitik liegt.

Abteilung Öffentlichkeitsarbeit

Im Berichtszeitraum konnten die bereits im vorhergehenden Jahr begonnenen Änderungen in der Arbeit der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit fortgesetzt und ausgebaut werden, um die Qualität der Dienstleistungen für die Partei weiter zu verbessern.

Durch rationelle Gestaltung und effektive Ausschreibungsmethoden ist es auch im Berichtszeitraum gelungen, die Preise für die angebotenen Werbematerialien der Bundespartei im wesentlichen zu halten bzw. einige Materialien, wie z.B. den Kugelschreiber, günstiger anzubieten.

Durch die Einführung eines Angebotsposters und die Vorstellung der wichtigsten Werbemittel im Deutschen Monatsblatt wurde die Überschaubarkeit des Angebots der Bundespartei verbessert. Besonders wichtige Werbemittel können alle Mitglieder bestellen.

Die im Berichtszeitraum entwickelte neue Gestaltungslinie hat in der Partei gute Aufnahme und Anklang gefunden.

In verstärktem Maße wurde die Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit der Vereinigungen der Partei und der ihr nahestehenden Organisationen wie RCDS und Schüler-Union fortgesetzt. Die Vereinigungen wurden bei der Produktion und Gestaltung ihrer Werbedruck-sachen unterstützt. Der Jungen Union wurde bei der Konzeption und Produktion ihrer langfristigen Aktion "Junge Union hilft alten Menschen" geholfen.

1. Wahlkampf vorbereitungen

Ein sehr entscheidender Teil der Arbeit der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit im Berichtszeitraum galt der konzeptionellen Vorbereitung der Bundestagswahl.

Nach der Sommerpause 1975 wurde eine detaillierte Wahlkampfplanung erarbeitet. Mit dieser Wahlkampfplanung wurde ein Entscheidungs- und Organisationsrahmen geschaffen, der die rechtzeitige Bereitstellung aller Wahlkampf-Materialien unter gleichzeitiger Wahrung einer möglichst großen Flexibilität ermöglichen soll. Die Wahlkampfplanung stellt den zeitlichen Ablauf der wichtigsten Werbemittel und -maßnahmen des Vorwahlkampfes und des heißen Wahlkampfes von der Konzipierung bis zum Einsatz dar. Sie stimmt Konzeption, Entwicklung und Produktion

der einzelnen Materialien so aufeinander ab, daß die notwendigen Entscheidungen der Wahlkampfgruppen und der politischen Gremien sich auf bestimmte Entscheidungswochen konzentrieren.

Für alle wichtigen Werbemittel, insbesondere für die Basiswerbemittel, ist die Konzeptions- und Gestaltungsphase bis zum Bundesparteitag abgeschlossen, so daß im Juni mit der Produktion begonnen werden kann.

Die Materialien und Hilfsmittel für den Kandidatenwahlkampf sind bereits angeboten und können in den nächsten Wochen ausgeliefert werden. Der Werbemittelkatalog als Bestellgrundlage für die Verbände erscheint Ende Mai. Auf verschiedenen Wegen (Deutsches Monatsblatt, UfD, Brief des Generalsekretärs, Maßnahmenkatalog, Mitarbeiterkonferenzen, Wahlhelferseminare, Besprechungen mit den Werbebeauftragten der Landesverbände) wurden die Gliederungen der Partei und die einzelnen Mitglieder so ausführlich und gründlich wie möglich über die Vorbereitungen und Planungen der Bundespartei zur Öffentlichkeitsarbeit im Wahlkampf informiert.

2. Aktionen

Ein wichtiges Instrument der Öffentlichkeitsarbeit, die Zusammenfassung von Werbemitteln und Aktionsvorschlägen zu einer geschlossenen Aktion der Öffentlichkeitsarbeit der Partei, wurde im Berichtszeitraum weiterentwickelt und erfolgreich angewendet.

Folgende Aktionen wurden im Berichtszeitraum durchgeführt:

2.1. Aktion zum 23. Bundesparteitag in Mannheim

In dieser Aktion unter dem Motto "CDU - Alternative '76", die bis in den Herbst 1975 fortgesetzt wurde, wurden die Ergebnisse des Mannheimer Parteitages umgesetzt.

Die Aktion stellte besonders den Kanzlerkandidaten und die Mannheimer Erklärung heraus.

Im Rahmen dieser Aktion wurde an ca. 60.000 Ärzte in der Bundesrepublik und West-Berlin die Broschüre "Helmut Kohl" versandt. Das Echo auf diese Versandaktion war außerordentlich positiv.

Folgende Werbemittel wurden im Rahmen dieser Aktion angeboten:

	<u>Auflage</u>
Faltprospekt "Unsere Politik für Deutschland"	1.780.000
Wandzeitung "Helmut Kohl - Kanzlerkandidat der Union"	26.000
Broschüre "Unsere Politik für Deutschland" (Mannheimer Erklärung)	122.000
Helmut Kohl: "Unsere Politik - Deutschlands bessere Alternative"	50.000
Kurt H. Biedenkopf: "Die Politik der Union - Aufgaben und Organi- sation"	40.000
Karl Carstens: "Von der Opposition zur Regierungsverantwortung"	25.000

2.2. Mobilisierungsaktion I

Ziel dieser Aktion waren eine erste Einstimmung der Mitglieder auf den Wahlkampf und die Mobilisierung der Mitglieder für politische Schwerpunktthemen im Herbst 1975 (Wirtschafts- und Finanzkrise). Zum ersten Mal wurden bei dieser Aktion neue Wege beschritten, um alle Gliederungen der Partei und alle Mitglieder anzusprechen. Die Aktion und die dazu angebotenen Materialien wurden in einem Sonderteil des Deutschen Monatsblattes ausführlich vorgestellt, außerdem wurde über die Kreisverbände ein Brief des Generalsekretärs, der die Aktion ankündigte und vorstellte, allen Vorsitzenden der Stadt- und Gemeindeverbände zugestellt. Zum ersten Mal konnten auch einzelne Mitglieder die Aktionsmaterialien bestellen. Im Rahmen dieser Aktion wurden folgende Materialien angeboten:

	<u>Auflage</u>
Flugblatt "Was können wir Ihnen eigentlich noch glauben, Herr Bundeskanzler?"	2.000.000
Broschüre "6 Jahre Mißwirtschaft"	45.000

	<u>Auflage</u>
Argumentationskarte "Wirtschafts- und Finanzkrise"	100.000
Wandzeitung "Was können wir Ihnen eigentlich noch glauben, Herr Bundeskanzler?"	17.000
Button "Alternative '76"	200.000
Autoaufkleber "Alternative '76"	300.000
Autoaufkleber "Unser Helmut ist der Beste - Alternative '76 CDU"	100.000
Prospekt "Helmut Kohl"	500.000
Poster "statt blindlinks ... klarer Blick voraus"	30.000
Poster "Komm aus Deiner linken Ecke"	50.000

2.3. Aktion "100 Jahre Konrad Adenauer"

Zusammen mit der Konrad-Adenauer-Stiftung nahm die Bundespartei die 100. Wiederkehr des Geburtstages Konrad Adenauers zum Anlaß, Leistung, politisches Erbe und Auftrag des ersten Kanzlers und Parteivorsitzenden zu würdigen. Die Wanderausstellung "100 Jahre Konrad Adenauer" nahm hierbei eine besondere Position ein. Mit dieser Ausstellung werden in insgesamt 48 Städten der Bundesrepublik seit dem 8. Januar einem breiten Publikum die Verdienste Konrad Adenauers vorgestellt. Außerdem wurde den Landes- und Kreisverbänden für besondere Veranstaltungen ein Dokumentarfilm über Konrad Adenauer angeboten.

Unterstützt durch eine Reihe von Maßnahmen und Publikationen der Konrad-Adenauer-Stiftung wurden den Verbänden der CDU eigene Veranstaltungen und Maßnahmen vorgeschlagen. Zu dieser Aktion wurden die folgenden Werbemittel angeboten:

	<u>Auflage</u>
Plakat "100 Jahre Konrad Adenauer"	60.000
Illustrierte "100 Jahre Konrad Adenauer"	1.000.000
Wandzeitung "100 Jahre Konrad Adenauer"	15.000
Helmut Kohl: "100 Jahre Konrad Adenauer"	20.000

2.4. Frühjahrsaktion 1976 "Mit Helmut Kohl zum Erfolg" (Mobilisierungsaktion II)

Unter Auswertung der Erfahrungen der Mobilisierungsaktion I im Herbst 1975 wurde die Frühjahrsaktion im März 1976 wiederum mit einem Sonderteil des Deutschen Monatsblattes gestartet. Ziel dieser Aktion im Rahmen des Vorwahlkampfes war es, die gute Chance der Union bei den Bundestagswahlen herauszustellen und den Mitgliedern Mut und Argumente für einen offensiven Wahlkampf zu geben.

Unter dem Motto "Mit Helmut Kohl zum Erfolg" wurde sowohl im Uid als auch im Sonderteil des Deutschen Monatsblattes den Verbänden und dem einzelnen Mitglied eine geschlossene Aktion angeboten und zugleich die Möglichkeit eröffnet, die dazu gehörigen Verteilmaterialien und Argumentationsmaterialien zu bestellen. Dazu wurden folgende Materialien angeboten:

	<u>bisherige Auflage</u>
Flugblatt "Mit Helmut Kohl: Wirtschaftlich bergauf = sozial bergauf"	2.030.000
Flugblatt "Die Rechnung des SPD-Kanzlers Schmidt"	2.025.000
Illustrierte "Porträt einer Volkspartei"	1.200.000
Argumentationskarte "Bildungs- und Zukunftschancen"	130.000
Argumentationskarte "Wirtschafts- und Sozialpolitik"	130.000
Argumentationskarte "Außenpolitik und Europapolitik"	130.000
Argumentationskarte "Innere Sicherheit"	130.000
Argumentationskarte "Gemeinschaft und Staat"	130.000
Wandzeitung "Mit der CDU zum Wiederaufschwung"	11.000

	<u>bisherige Auflage</u>
Autoaufkleber I "CDU - Aus Liebe zu Deutschland"	220.000
Button "Aus Liebe zu Deutschland - CDU"	150.000
Postkarte mit Autoaufkleber "Aus Liebe zu Deutschland - CDU"	200.000
Autoaufkleber II "Aus Liebe zu Deutschland - CDU"	200.000

2.5. Test-Spendenaktion

In den Monaten Oktober bis November 1975 hat eine bundesweite Test-Spendenaktion stattgefunden, bei der Briefe verschickt wurden, die je zur Hälfte vom Generalsekretär und vom Bundesschatzmeister unterzeichnet waren. Die Aktion ist erfolgreich verlaufen. Die eingegangenen Gelder wurden den jeweiligen Kreisverbänden überwiesen.

3. Versandzentrum

Das am 1. Februar 1975 in Dienst genommene IS-Versandzentrum in Gütersloh hat auch im Berichtszeitraum bewiesen, daß es seine Aufgaben erfüllt. Im Hinblick auf den Bundestagswahlkampf wurden aufgrund der bisherigen Erfahrungen weitere Verbesserungen im Verteilungssystem vereinbart. Dies gilt insbesondere für die elektronische Bearbeitung der Bestellungen.

4. Informationsstände auf Landesparteitagen

Bei vielen Landesparteitagen und Kongressen der Vereinigungen war die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit mit einem Informationsstand vertreten. Im einzelnen hat sie an folgenden Veranstaltungen teilgenommen:

7./8. November 1975	29. Landesparteitag Rheinland in Oberhausen
15. November	38. Landesparteitag Hessen in Flörsheim

22./23. November 1975	Deutschlandtag der Jungen Union in Mönchengladbach
4./5. Dezember 1975	Rechtspolitischer Kongreß in Karlsruhe
12./13. Dezember 1975	28. Landesparteitag Schleswig-Holstein in Eckernförde
20. März 1976	Landesparteitag Westfalen-Lippe in Bünde
27. März 1976	40. Landesparteitag Hessen in Fulda

5. Zusammenarbeit bei Landtagswahlkämpfen

Wie bei allen Landtagswahlkämpfen in den Jahren 1974/1975 fand auch beim Landtagswahlkampf in Baden-Württemberg eine enge Zusammenarbeit zwischen der Bundesgeschäftsstelle und dem Landesverband, insbesondere in der Vorbereitungszeit, statt. Die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit war mit einem Mitarbeiter in der Wahlkampfkommission vertreten.

6. Parteiarbeit - Erfahrungsaustausch

Durch eine regelmäßige Berichterstattung im UiD über beispielhafte und nachahmenswerte Aktionen verschiedener Kreisverbände wurde die Parteiarbeit belebt und eine unmittelbare Kommunikation zwischen den einzelnen Verbänden angeregt.

Über den UiD hat die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit den Verbänden eine Vielzahl von Aktionen sowohl zu aktuellen politischen Themen (wie z.B. den Polen-Verträgen) als auch zu längerfristigen Fragen der Parteiarbeit vorgeschlagen.

7. Mitgliederwerbung

Die CDU-Mitgliederwerbung konnte im Berichtszeitraum wiederum beachtliche Erfolge verzeichnen. Ende März 1976 wurde das 600.000. CDU-Mitglied registriert.

Mit folgenden Maßnahmen hat die Bundesgeschäftsstelle die Mitgliederwerbung der CDU-Landes-, Kreis-, Stadt- und Gemeindeverbände unterstützt:

- a) Neue, aktuelle Werbematerialien, die speziell auf die Mitgliederwerbung abgestimmt sind.
- b) Umfangreiches Schulungsprogramm für die Durchführung von Mitgliederwerbeaktionen.
- c) Beratungsdienst für die Kreis-, Stadt- und Gemeindeverbände für alle Fragen der Mitgliederwerbung.

Besondere Schwerpunkte der Arbeit haben sich im Berichtszeitraum bei drei Landesverbänden herausgebildet:

1. Aktion Niedersachsen

In vier zentralen Seminarveranstaltungen wurden 82 Personen als Aktionsleiter oder Beauftragte für die Mitgliederwerbung ausgebildet. In zahlreichen Aktionen, die daraufhin entstanden, wurden überdurchschnittliche Erfolge erreicht. Die Zielsetzung der Aktion "80.000 CDU-Mitglieder in Niedersachsen" wurde im Februar 1976 erreicht.

2. Aktion Rheinland-Pfalz

22 Aktionsleiter, die die Mitgliederwerbung auf Kreisebene steuern, wurden ausgebildet. Die Aktionen brachten besonders gute Erfolge in ländlichen Gebieten (z.B. Kreisverbände Landau-Bad Bergzabern, Wittlich, Bitburg/Prüm).

3. Aktion "Ruhrgebiet '76"

Als Bestandteil des Vorwahlkampfes wird in 15 Kreisverbänden an der Ruhr die Mitgliederwerbung intensiviert. Ein besonderes Programm enthält u.a. folgende Maßnahmen:

- Motivation durch den Generalsekretär
- Informationsabende für die Ortsverbände
- Argumentationsseminare
- besondere Materialien und Informationsunterlagen.

Arbeitstagung für die Mitgliederwerbung

Am 6. Februar 1976 fand im Konrad-Adenauer-Haus eine überregionale Arbeitstagung zu aktuellen Fragen der CDU-Mitgliederwerbung statt. Teilnehmer waren die Beauftragten der Landesverbände für die Mitgliederwerbung sowie ein Kreis besonders erfolgreicher Aktionsleiter auf der Ebene der Kreisverbände.

Im Mittelpunkt der Gespräche stand das "CDU-Kontakter-Modell", seine Entwicklung und die unterschiedlichen Anwendungsmöglichkeiten. Weiterhin wurde über die Bedeutung und Möglichkeit der Mitgliederwerbung in der Zeit des Vorwahlkampfes gesprochen.

Eine Reihe neuer Materialien runden das bisherige Werbemittelangebot zur Mitgliederwerbung ab. Die Verbände erhalten dadurch ein geeignetes Sortiment für jede Phase der Mitgliederwerbung:

	<u>bisherige Gesamtauflage</u>
Regiebuch 1 "Mitgliederwerbung" 3. verbesserte Auflage	30.000
"Wählen allein genügt nicht" Prospekt für Mitgliederwerbung, für Canvassing, Wurfsendungen oder direkte Ansprachen	1.025.000
"Wählen allein genügt nicht" Wandzeitung für die Mitglieder- werbung	25.000
"Wählen allein genügt nicht" Plakat für die Mitgliederwerbung, DIN A 1	15.000
"CDU - Porträt einer Volkspartei" Broschüre als Selbstdarstellung der Partei (für Kontakterbesuche besonders geeignet)	1.200.000

8. Materialien

<u>Flugblätter</u>	(Gesamtauflage: 6.055.000)	<u>Auflage</u>
Was können wir Ihnen eigentlich noch glauben, Herr Bundeskanzler?		2.000.000
Mit Helmut Kohl: Wirtschaftlich bergauf = sozial bergauf		2.030.000
Die Rechnung des SPD-Kanzlers Schmidt		2.025.000

<u>Prospekte</u>	(Gesamtauflage: 7.855.000)	
Offensive für die Frau		860.000
Prospekt "Helmut Kohl"		500.000
Unsere Politik für Deutschland (Faltprospekt zum Mannheimer Parteitag)		1.780.000
Mitgliederwerbeprospekt (4-farbig)		1.015.000
Illustrierte "100 Jahre Adenauer"		1.000.000
Illustrierte "CDU - Porträt einer Volkspartei"		1.200.000
Faltblatt "Ja zu mehr Menschlichkeit" (Zu den Polen-Verträgen)		1.000.000
Faltblatt "Ja zu mehr Mitbestimmung"		500.000

<u>Broschüren</u>	(Gesamtauflage: 799.000)
-------------------	-----------------------------

Reden

Helmut Kohl: "CDU und Gewerkschaften" Beitrag für die Gewerkschaftlichen Monatshefte	35.000
Kurt H. Biedenkopf "Stellungnahme zum Orientierungsrahmen '85 der SPD"	30.000

	<u>Auflage</u>
Helmut Kohl:"Bonn wird nicht Weimar" Rede vor dem Deutschen Bundestag am 13.3.75	13.000
Helmut Kohl:"Unsere Politik - Deutsch- lands bessere Alternative"	50.000
Karl Carstens:"Von der Opposition zur Regierungsverantwortung"	25.000
Kurt H. Biedenkopf:"Die Politik der Union - Aufgaben und Organisation"	40.000
Helmut Kohl: "Mut zur Entscheidung" (Rede im Deutschen Bundestag am 17.9.1975)	30.000
Kurt H. Biedenkopf: "Mit uns für Freiheit, Gerechtigkeit und Soli- darität" (Rede auf dem Landesparteitag der CDU-Rheinland am 8.11.1975 in Ober- hausen)	20.000
Helmut Kohl: "Recht sichert die Freiheit" (Rede vor dem Rechtspolitischen Kon- greß der CDU/CSU in Karlsruhe am 4.12.1975)	20.000
Helmut Kohl: "Freiheit und Recht für Deutschland" (Rede vor dem Deutschlandpolitischen Kongreß der CDU/CSU in Ingolstadt am 28.11.1975)	20.000
Helmut Kohl: "100 Jahre Konrad Adenauer" (Rede anlässlich der Feierstunde der CDU zum Gedenken des 100. Geburtstages von Konrad Adenauer in Bonn, Beethoven- halle)	20.000
<u>Serie: Argumente-Dokumente-Materialien</u>	
Schul- und Hochschulreformprogramm der CDU	20.000
Versprochen - nicht gehalten Bilanz der Linkskoalition	40.000

	<u>Auflage</u>
Die Familie unserer Zukunft Beiträge vom Familienpolitischen Kongreß in Münster	8.000
Offensive für die Frau	30.000
Mehr Sicherheit in Freiheit Beiträge zur Verteidigungspolitik auf dem Sicherheitspolitischen Kongreß in Koblenz	6.000
Berufsbildung - Bildungschance mit Zukunft	6.000
Programm der CDU gegen die Jugendarbeitslosigkeit	30.000
Inflation gefährdet Wirtschaft und Gesellschaft	15.000
Raumordnung in einer freiheitlichen Gesellschaft	10.000
Soziale Dienste in Sozialstationen	17.000
Aktuelle Deutschlandpolitik	11.000
Gleichberechtigung im Alltag	10.000
Die Finanzkrise des Bundes	10.000
Freizeit in einer freien Gesellschaft	10.000
Der Bundesrat - ein politisches Bundesorgan	11.000
Verbraucherschutz - Allgemeine Geschäftsbedingungen	10.000
6 Jahre Mißwirtschaft	45.000
Ausländerpolitik der CDU	5.000
Unsere Politik für Deutschland (Mannheimer Erklärung)	122.000
Investitionslenkung	10.000
Partnerschaft und Solidarität (Entwicklungspolitischer Kongreß)	5.000
Verteidigung als Teil deutscher Sicherheitspolitik	10.000
Hauptprobleme der Verwaltungsreform	5.000
Der moderne öffentliche Dienst	5.000

<u>Sonstige Broschüren</u>	<u>Auflage</u>
CDU-Statut	45.000
<u>Broschüren zur Parteiarbeit</u> (Gesamtauflage: 164.000)	
Regiebuch 1: Mitgliederwerbung	30.000
Regiebuch 2: Neubürgerbetreuung	23.000
Regiebuch 3: Mitgliederinitiativen	20.000
Regiebuch 4: Wahlkampf	20.500
Regiebuch 5: Kommunalwahlkampf	25.000
Regiebuch 6: Pressearbeit	22.000
Regiebuch 7: Vorpolitischer Raum	11.500
Regiebuch 8: Großstadtarbeit	12.000
<u>Argumentationskarten</u> (Gesamtauflage: 1.050.000)	
Mitbestimmung	50.000
Wirtschafts- und Finanzkrise	100.000
Ausländerpolitik der CDU	50.000
Investitionslenkung	50.000
Bildungs- und Zukunftschancen	130.000
Wirtschafts- und Sozialpolitik	130.000
Außenpolitik und Europapolitik	130.000
Innere Sicherheit	130.000
Gemeinschaft und Staat	130.000
Soziale Sicherheit	50.000
Die Neue Soziale Frage	50.000
Arbeitslosigkeit	50.000

<u>Wandzeitungen</u>	<u>Auflage</u>
(Gesamtauflage: 139.000)	
Helmut Kohl - Kanzlerkandidat der Union	26.000
100.000 Frauen in der CDU	10.000
Was können wir Ihnen eigentlich noch glauben, Herr Bundeskanzler?	17.000
Wählen allein genügt nicht (Wandzeitung zur Mitgliederwerbung)	25.000
100 Jahre Adenauer	15.000
Weihnachts-Wandzeitung	10.000
An unseren Hochschulen soll wieder studiert werden	10.000
Mit der CDU zum Wiederaufschwung	16.000
"Ja zu mehr Menschlichkeit" (Wandzeitung zu den Polenverträgen)	10.000
<u>Poster und Plakate</u>	
(Gesamtauflage: 155.000)	
Poster "Komm aus Deiner linken Ecke"	50.000
Poster "statt blindlinks ... Klarer Blick voraus"	30.000
"Wählen allein genügt nicht" (Plakat zur Mitgliederwerbung)	15.000
Plakat "100 Jahre Konrad Adenauer"	60.000
<u>Rednerankündigungsplakate</u>	
(Gesamtauflage: 132.000)	
Vierfarbplakat Kohl, DIN A 1	12.000
Vierfarbplakat Kohl, DIN A 0	15.000
Vierfarbplakat Biedenkopf, DIN A 1	10.000
Vierfarbplakat Biedenkopf, DIN A 0	10.000

	<u>Auflage</u>
Vierfarbplakat Carstens, DIN A 1	10.000
Vierfarbplakat Carstens, DIN A 0	10.000
Rahmenplakat A 0	3.000
Rahmenplakat A 1	12.000
Rahmenplakat A 2	7.000
Rahmenplakat A 0 "Wir laden ein"	6.000
Rahmenplakat A 1 "Wir laden ein"	25.000
Rahmenplakat A 2 "Wir laden ein"	12.600

Kleinwerbemittel

(Gesamtauflage: 3.825.000)

Papierfähnchen	730.000
Schlüsselanhänger	150.000
Luftballons	740.000
Kugelschreiber	485.000
Autoaufkleber "Alternative '76"	300.000
Kunststoff-Tragetaschen	350.000
Button "Alternative '76"	200.000
Autoaufkleber "Unser Helmut ist der Beste"	100.000
Autoaufkleber I "CDU - Aus Liebe zu Deutschland"	220.000
Ansteck-Button "Aus Liebe zu Deutschland - CDU"	150.000
Postkarte mit Autoaufkleber "Aus Liebe zu Deutschland - CDU"	200.000
Autoaufkleber II "Aus Liebe zu Deutschland - CDU"	200.000

<u>Verschiedenes</u>	<u>Auflage</u>
Anstecknadeln	62.000
Ehrenurkunden für 25-jährige Mitgliedschaft	6.000
Ehrenurkunden ohne Jahresangabe	6.000
Spendenquittungsblocks	3.000
Beitragsquittungsblocks	6.000
Sonnenschirme	1.350
Canvassing-Stände	1.000

Sprecher der Partei

Pressestelle

Redaktionen "Deutsches Monatsblatt" und
"Deutschland-Union-Dienst"

Sprecher der Partei

Der Sprecher der CDU und sein Stellvertreter hatten die Politik gegenüber den Medien zu vertreten. Das vollzog sich in Pressekonferenzen, Kontaktgesprächen und schriftlichen Presseerklärungen. In Redaktionsbesuchen und vielen Einzelgesprächen wurde für eine rege Kommunikation und für gute sachliche und menschliche Beziehungen zwischen der Union und Presse, Rundfunk und Fernsehen gesorgt. Die ständigen Bemühungen, den Spitzenpolitikern der CDU eine publizistische Plattform bei den Medien zu verschaffen, waren erfolgreicher als in den Jahren zuvor.

Zu den für die Partei besonders wichtigen Bonner Büros von Presse, Rundfunk und Fernsehen wurden im vergangenen Jahr die Kontakte weiter intensiviert und gefestigt. Dabei halfen Einzel- und Gruppengespräche mit den Bonner Journalisten, aber auch Besuche in den Zentralredaktionen mit. Die speziellen Aufgaben des Sprechers und seines Stellvertreters waren im Berichtszeitraum:

1. Vorbereitung, Leitung und Nacharbeit von Pressekonferenzen mit CDU-Spitzenpolitikern;
2. Verbreitung von Reden und Erklärungen führender Unionspolitiker über die "Pressemitteilungen der CDU";
3. Stellungnahmen des Sprechers und seines Stellvertreters zu aktuellen Fragen;
4. Betreuung ausländischer Journalisten, die über den Besucherdienst von "Inter Nationes" Kontakt zur CDU suchen;
5. Begleitung des Vorsitzenden oder des Generalsekretärs auf wichtigen Auslandsreisen;
6. Betreuung von Journalistengruppen, die sich zur Begleitung des Parteivorsitzenden und des Generalsekretärs bei Wahlkampfreisen angemeldet hatten;
7. Jeden Montag: Journalistenstammtisch im Konrad-Adenauer-Haus mit durchschnittlich 35 bis 45 Teilnehmern pro Abend;
8. An allen Wahlabenden: Gesprächsrunden für Journalisten im Konrad-Adenauer-Haus.

1974/75 wurden weit über 300 schriftliche, in den Pressehäusern verteilte Erklärungen des Sprechers und seines Stellvertreters herausgegeben und annähernd 120 Artikel des Sprechers oder seines Stellvertreters im "Deutschland-Union-Dienst" veröffentlicht. Die Alltagsarbeit bestand in der Beantwortung einer Vielzahl von telefonischen oder fernschriftlichen Anfragen.

Die Koordinierung der Pressearbeit innerhalb der CDU wurde ausgebaut. Im Berichtszeitraum fanden wieder Treffen der Pressereferenten der CDU-Landesverbände, der CDU-Landtagsfraktionen und der CSU-Pressestelle im Generalsekretariat und im Maximilianeum mit der Pressestelle der CDU statt. Diese Zusammenkünfte, die unter der Leitung des CDU-Sprechers stehen, dienen der gegenseitigen Information und der Absprache gemeinsamer Vorhaben.

Im Vorfeld des 24. Bundesparteitages hat die Betreuung der über 1.000 angemeldeten Journalisten durch den Sprecher der Partei begonnen.

Redaktion "Deutschland-Union-Dienst"

Der täglich erscheinende Pressedienst stellt die aktuellste politische Publikation der Partei dar. Der "Deutschland-Union-Dienst" hat seine Position als meistzitiertes Parteipressedienst in der Bundeshauptstadt ausgebaut. Er erscheint unter der Verantwortung der CDU, wird aber - über die gemeinsame Bundestagsfraktion - von CDU und CSU gemeinsam herausgegeben. Er wurde im Berichtsjahr aktualisiert; der Meldungsteil wurde ausgebaut.

Redaktion "Deutsches Monatsblatt"

Nach der Format-Umstellung im Oktober 1974 konnte das "Deutsche Monatsblatt" redaktionell weiterentwickelt werden. Mit einer Auflage von nahezu 600.000 Exemplaren stellt es die einzige direkte Verbindung zwischen der Bundespartei und allen CDU-Mitgliedern dar. In der Vorwahlkampf-Phase hat sich das "Deutsche Monatsblatt" als Schiene für die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit und mit direkten Wahlkampf-anregungen und -angeboten besonders bewährt.

I. Internationale Zusammenarbeit in den bestehenden Organisationen

Das Büro für Auswärtige Beziehungen verstärkte im Berichtszeitraum seine Tätigkeiten im bilateralen und multilateralen Bereich. Partei und Fraktion nahmen verstärkt Einfluß auf politische Entscheidungen im europäischen Bereich und gewannen Verständnis und Unterstützung für die Haltung der CDU in aktuellen Fragen der Politik.

1. Europäische Union Christlicher Demokraten (EUCD)

Die EUCD bildete weiterhin ein wichtiges Forum internationaler Parteiarbeit. Die CDU hatte Gelegenheit, an den Sitzungen der EUCD mitzuwirken, an gemeinsamen politischen Entscheidungen mitzuarbeiten, ihre Politik darzustellen und zur Geltung zu bringen.

Darüber hinaus war das Büro für Auswärtige Beziehungen an der technischen und inhaltlichen Vorbereitung der Sitzungen maßgeblich beteiligt.

Die EUCD führte im Jahre 1975 eine Reihe von Sitzungen ihrer einzelnen Kommissionen und ihrer satzungsmäßigen Organe durch. Die Sitzungen des Politischen Büros der EUCD fanden statt vom 13. bis 15. Februar in Den Haag, 17. bis 19. April in Wien, 4. bis 5. Juli in Brüssel, 19. und 20. September in Zürich und vom 27. - 29. November in Rom.

Im Jahre 1975 wurde das Centro Democratico Social (CDS) Portugals als Vollmitglied in die EUCD aufgenommen; der Partido Democracia Crista (PDC) wurde ein Beobachterstatus eingeräumt.

Darüber hinaus wurden innerhalb der EUCD die Union Christlich Demokratischer Frauen (UCDF) und die Europäische Union Christlich Demokratischer Arbeitnehmer (EUCDA) gebildet.

Die EUCDA bedeutet eine wichtige Erweiterung des Betätigungsfeldes für die Sozialausschüsse und eine Verstärkung christlich-demokratischer und christlich-sozialer Arbeitnehmerorganisationen auf der europäischen Ebene.

Wichtigste Tagesordnungspunkte der EUCD im Jahre 1975 waren:

- die Lage im Mittelmeerraum, insbesondere Spanien, Portugal, Malta;
- der Tindemans-Bericht und die Überlegungen zur Europäischen Union;
- die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa;
- die Gründung einer Parteienförderung für die Direktwahl zum Europäischen Parlament und das Europäische Manifest.

Das Manifest der christlichen Demokraten Europas wurde vom Politischen Büro der EUCD am 21. Februar 1976 in Paris angenommen; ein Satzungsentwurf der Europäischen Föderativen Partei wurde in Paris erarbeitet. Es wurde beschlossen, den Satzungsentwurf den verantwortlichen Instanzen der verschiedenen Parteien und Equipen zur Prüfung und Annahme zuzusenden und danach durch das Politische Komitee der christlich-demokratischen Parteien der Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaft einen endgültigen Beschluß zu fassen.

2. Interparty-Conference

In der Interparty-Conference konnte das Büro für Auswärtige Beziehungen der Partei und der Fraktion verstärkte Aufmerksamkeit im Bereich der skandinavischen und konservativen Parteien vermitteln.

Die jährliche Sitzung der Interparty-Conference, einem Zusammentreffen christlich-demokratischer, konservativer und Zentrumsparteien Europas fand am 7. und 8. Juni 1975 in München statt. Die anwesenden Parteien legten Länderberichte vor, europäische Probleme wurden diskutiert, insbesondere die Zusammenarbeit von Parteien und die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft.

Am 7.-9. September fand in Klesheim bei Salzburg ein der Interparty-Conference vergleichbares Treffen statt. In einer Resolution beschlossen die in Klesheim versammelten Vorsitzenden europäischer Parteien, ihre Kontakte zu intensivieren, um durch regelmäßigen Gedankenaustausch eine bessere Zusammenarbeit zu gewährleisten.

3. Christlich-Demokratische Weltunion (UMDC)

Die Möglichkeit zur Einflußnahme auf die Entwicklung allgemeingültiger Aussagen zur christlichen Demokratie und zur Kontaktpflege mit christlichen Demokraten in Lateinamerika (ODCA) bot das Büro für Auswärtige Beziehungen durch ständige Mitarbeit in der UMDC.

Die UMDC führte eine Reihe von Kommissionssitzungen und eine Büro-Sitzung vom 27.-29. November 1975 in Rom durch. Im Mittelpunkt der Diskussion standen die Probleme der Vereinten Nationen, der Entwicklungspolitik und die Diskussion eines Manifestes.

4. Europäische Volkspartei (EVP)

Außerdem arbeitete eine vom Leiter des Büros für Auswärtige Beziehungen einberufene Arbeitsgruppe Entwürfe für das Programm und die Satzung der europäischen Parteienföderation aus.

Sie schlug als Namen für die zu gründende Partei die Bezeichnung "Europäische Volkspartei (EVP)" vor. Dieser Vorschlag wurde am 16. Februar 1976 vom Bundesvorstand der CDU angenommen.

5. Europäische Demokratische Union (EDU)

In Ausführung des unter Ziff. 3 genannten Beschlusses von Klesheim erarbeitete eine vom Leiter des Büros für Auswärtige Beziehungen eingesetzte Arbeitsgruppe Entwürfe für Satzung und Charta einer Europäischen Demokratischen Union (EDU), einem Zusammenschluß der Parteien der Mitte in Westeuropa.

Diese Entwürfe wurden auf mehreren Treffen mit Vertretern verschiedener Parteien diskutiert und weitergeführt.

II. Bilaterale Zusammenarbeit mit befreundeten Parteien

Über die Zusammenarbeit in bestehenden Institutionen hinaus widmete sich das Büro für Auswärtige Beziehungen der bilateralen Zusammenarbeit mit verschiedenen befreundeten Parteien. Dabei stand die umfassende Unterstützung der Partnerparteien in Spanien und Portugal im Vordergrund. Zu diesem Zwecke wurde ein Spen-

denaufruf durchgeführt: "Deine Hand den Demokraten Portugals und Spaniens". Dieser Aufruf wurde vom Parteivorsitzenden Dr. Helmut Kohl und dem Präsidenten der EUCD, Kai-Uwe von Hassel, unterzeichnet.

Durch intensive Mithilfe beim Aufbau des portugiesischen CDS, Centro Democratico Social, gelang es, bei der Schaffung demokratischer Strukturen für Portugal mitzuwirken.

Auch in Spanien bemüht sich das Büro für Auswärtige Beziehungen, bei dem Aufbau einer breiten demokratischen Volkspartei mitzuwirken.

Der Zusammenarbeit mit befreundeten Parteien dienten darüber hinaus Reisen des Leiters des Büros für Auswärtige Beziehungen unter anderem nach Griechenland, Großbritannien, Frankreich, Türkei, Schweden und Lateinamerika.

Der Aufenthalt in Chile bedeutete eine große moralische Hilfe für die Christdemokraten; energische Forderungen an den Präsidenten Pinochet fanden ein positives Echo in der Öffentlichkeit.

Außerdem vertrat der Leiter des Büros für Auswärtige Beziehungen die CDU auf Veranstaltungen, insbesondere Parteitagen befreundeter Parteien der CDU.

Führende Politiker wurden zu einem Besuch der Bundesrepublik eingeladen bzw. vom Büro für Auswärtige Beziehungen der CDU in der Bundesrepublik betreut, so Delegationen aus Griechenland, aus Frankreich, aus den Ländern Lateinamerikas, aus Portugal, Spanien und Malta.

III. Europapolitik

Das Büro für Auswärtige Beziehungen der CDU erarbeitete Überlegungen für die Gestaltung der Europäischen Union. Der Leiter des Büros diskutierte diese Vorstellungen mit dem belgischen Premierminister Tindemans am 16. September 1975 anlässlich dessen Besuchs in Bonn.

IV. Informationstätigkeit

Das Büro für Auswärtige Beziehungen informiert regelmäßig ausländische Parteien, ausländische Botschaften in Bonn sowie CDU-Mitglieder im Ausland. Regelmäßig werden 850 Adressen in den Sprachen Deutsch, Englisch und Französisch beliefert. Im Jahre 1975 konnten nahezu monatlich Informationen versandt werden. Darunter befanden sich u.a. die Mannheimer Erklärung sowie Artikel und Reden des Parteivorsitzenden, des Generalsekretärs, des Fraktionsvorsitzenden und anderer Politiker der CDU.

Darüber hinaus wird der Nachrichtendienst "Union International" mit Meldungen aus dem Bereich der europäischen Zusammenarbeit bedient.

V. Kontakte

Mit den Botschaften in Bonn, deutschen und internationalen Organisationen fanden Gespräche statt. Zahlreiche ausländische Besucher wurden an interessierte Gesprächspartner vermittelt oder selbst betreut. Dabei fand eine enge Zusammenarbeit mit Inter Nationes, dem Bundespresse- und Informationsamt, dem Auswärtigen Amt, dem Deutschen Akademischen Austauschdienst und dem Deutschen Bundestag statt.

Die Kontakte zu den ausländischen Korrespondenten in Bonn wurden intensiviert, sie wurden verstärkt informiert, zur Berichterstattung angeregt, und es wurden ihnen Interviews vermittelt.

VI. Vorbereitung von Reisen von CDU-Politikern

Das Büro für Auswärtige Beziehungen vermittelte Gespräche, gestaltete Programme und gab Hilfestellung bei einer Vielzahl von Reisen von CDU-Politikern und von Delegationen der CDU, der Jungen Union und des RCDS ins Ausland.

VII. Fraktion

Die Zusammenarbeit mit der Fraktion wurde weiter intensiviert. Es gelang, wichtige Verbindungen zu Parlamentariern anderer Länder herzustellen. Damit konnte u.a. der Einfluß der Fraktion auf die Entwicklung von europäischen Parteiverbindungen und von Modellen einer Europäischen Union verstärkt werden.

VIII. Verschiedenes

Das Büro für Auswärtige Beziehungen stand bei einer Vielzahl von Veranstaltungen der CDU zur Betreuung ausländischer Ehrengäste zur Verfügung, so beim Bundesparteitag in Mannheim und beim Entwicklungspolitischen Kongreß der CDU.

Justitiar

Das Schwergewicht der Tätigkeit im Berichtszeitraum lag wiederum in der schriftlichen und mündlichen Beratung der Geschäftsleitung und der verschiedenen Abteilungen der Bundesgeschäftsstelle, mehrerer Landes- und Kreisverbände sowie einiger Bundesvereinigungen der CDU über Fragen des gesamten Satzungsrechts, des Parteien- und Wahlrechts und des Vertragsrechts. Von besonderer Bedeutung war die vollständige Überarbeitung und Ergänzung der von der Bundesgeschäftsstelle herausgegebenen Statuten-Broschüre anhand der umfangreichen Beschlüsse des 23. Bundesparteitages Mannheim 1975.

Zu den laufenden Aufgaben gehörten außerdem:

- Mitwirkung bei den Vorbereitungen für die Bundestagswahl 1976
- Juristische Beratung der Stiftung Versorgungswerk der CDU
(insbesondere im Zusammenhang mit den Auswirkungen des Gesetzes zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung vom 19.12.1974)
- Vorbereitung und Ausführung der Beschlüsse von drei Sitzungen des Bundesparteigerichts der CDU in 1975/76
- Erteilung von Rechtsauskünften an den Betriebsrat der Bundesgeschäftsstelle

Mehr als früher wurden schriftliche und telefonische Auskünfte in satzungsrechtlichen Angelegenheiten der CDU auch von einzelnen Parteimitgliedern erbeten.

Planungsgruppe

Die Arbeit der Planungsgruppe stand im Berichtszeitraum weitgehend unter den Vorzeichen der bevorstehenden Bundestagswahl. Neben der Mitarbeit an den Wahlvorbereitungen wurden im Rahmen der Aufgabenstellung der Planungsgruppe begonnene Projekte fortgesetzt und eine Reihe vielfältiger, neuer Aufgaben ausgeführt.

Im Zusammenhang mit der Wahlkampf Vorbereitung hat sich die Planungsgruppe schwerpunktmäßig mit der Verdeutlichung und Umsetzung unserer politischen Positionen beschäftigt sowie mit der Analyse der politischen Zielvorstellungen und Strategien von SPD und FDP.

So wurden u.a.:

- ein Vergleich von Mannheimer Erklärung und Orientierungsrahmen erstellt, ihre unterschiedlichen analytischen und theoretischen Ausgangspunkte aufgezeigt,
- vertiefende politisch-theoretische Aussagen zum Problemkreis der Neuen Sozialen Frage erarbeitet,
- der Richtungsstreit in der SPD auf seine Ursachen und Auswirkungen hin untersucht,
- der liberale Anspruch, Programmatik und Politik der FDP analysiert.

Außerdem war die Planungsgruppe an der Erstellung des wahlstrategischen Konzeptes der CDU, des Wahlkampfhandbuches und des Wahlprogramms beteiligt. Außerdem wurden zwei umfangreiche Leitfäden zur Rede- und Textgestaltung in Zusammenarbeit mit der Planungsgruppe hergestellt.

Der Funktion der Planungsgruppe entsprechend wurden darüber hinaus neue Ansätze in Wissenschaft und Politik auf ihre Bedeutung für Staat und Gesellschaft und die Politik der Union untersucht. Besonders zu nennen sind dabei u.a.:

- die Forderung nach Investitionslenkung, verbunden mit den Lenkungsproblemen einer modernen Wirtschaft und Gesellschaft;
- die Aufarbeitung wissenschaftlicher Ansätze zur Rationalisierung und Ökonomisierung von Politik;

- die Analyse von Studien im Hinblick auf die Leistungsanforderungen an die Parteien in der modernen Demokratie sowie
- die Untersuchung von Möglichkeiten einer Erfolgsmessung gesellschafts- und sozialpolitischer Maßnahmen.

Grundsatzprogrammkommission

Die Grundsatzprogrammkommission hat seit dem Mannheimer Parteitag getagt am:

27./28. 6. 1975
 19./20. 9. 1975
 25./26.10. 1975
 17.12. 1975
 23./24. 2. 1976
 6./7. 4. 1976

Die Hauptsitzungen der Kommission wurden in Arbeitsgruppenbesprechungen, durch Ausarbeitungen einzelner Kommissionsmitglieder und Beratungen mit Sachverständigen intensiv vorbereitet.

Die Arbeit des Jahres 1975 war der Beratung und Weiterentwicklung von Teilentwürfen für das Grundsatzprogramm gewidmet. In den beiden Sitzungen 1976 fand die Überarbeitung eines integrierten Gesamtentwurfs statt. Der Vorsitzende der Kommission, Dr. von Weizsäcker, hat am 29. April 1976 den Entwurf für ein Grundsatzprogramm der Öffentlichkeit vorgestellt. Damit ist der Auftrag des Hamburger Parteitages erfüllt, den Entwurf für ein Grundsatzprogramm der CDU vor der Bundestagswahl 1976 zu erstellen.

Unternehmensrechtskommission

Die Unternehmensrechtskommission wurde auf Beschluß des 22. Bundesparteitages der CDU in Hamburg vom November 1973 durch den Vorstand der Partei berufen und eingesetzt. Sie hat ihre Arbeit im Juni 1974 aufgenommen und wird ihre Beratungen voraussichtlich im 2. Halbjahr 1976 abschließen. Die Kommission ist zusammengetreten

im Jahre 1974 : 6.6., 6.7., 19.9. und 8.11.

im Jahre 1975 : 24.1., 13.2., 12.3., 24./25.4.,
23./24.5. und 28.11.

im Jahre 1976: 16.1., 13.2. und 29.4.

Im Vordergrund der Erörterung standen die Fragen der Mitbestimmung am Arbeitsplatz, im Betrieb und Unternehmen. Die Kommissionsberatungen trugen wesentlich zur Vorbereitung der Stellungnahme bei, die von der Partei zur Frage der Mitbestimmung im Aufsichtsrat während der Legislaturperiode des Deutschen Bundestages abgegeben wurde.

Ein weiterer Schwerpunkt der Beratungen ist das Problem der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand. Zu diesem Thema wurden Gutachten eingeholt und Sachverständigen-Anhörungen durchgeführt.

Mitgliederbewegung April 1975 - März 1976

Datum	Mitgliederstand	Zugänge	Abgänge	Zuwachs pro Monat	Quartal
30.04.75	564.556	12.491	4.659	+ 7.832	
31.05.75	572.443	9.798	1.911	+ 7.887	
30.06.75	576.573	6.565	2.435	+ 4.130	+ 19.849

31.07.75	579.618	6.974	3.929	+ 3.045	
31.08.75	580.480	3.190	2.328	+ 862	
30.09.75	581.873	4.311	2.918	+ 1.393	+ 5.300

31.10.75	584.117	7.989	5.745	+ 2.244	
30.11.75	587.056	5.975	3.036	+ 2.939	
31.12.75	590.482	10.343	6.917	+ 3.426	+ 8.609

31.01.76	592.782	5.826	3.526	+ 2.300	
29.02.76	596.816	8.974	4.940	+ 4.034	
31.03.76	602.507	8.923	3.232	+ 5.691	+ 12.025

zusammen in 12 Monaten:		91.359	45.576	+45.783	+ 45.783

Stand: 31.03.1976

Mitgliederzuwachs bei den Landesverbänden

1. April 1975 - 31. März 1976

Landesverband	Mitgl.- stand am 31.03.75	Mitgl.- stand am 31.03.76	Mitgliederzuwachs 1.4.75 bis 31.3.76
Baden-Württemberg	66.623	71.725	5.102
Berlin	12.219	13.593	1.374
Bremen	3.050	3.324	274
Hamburg	9.538	11.178	1.640
Hessen	51.247	56.023	4.776
Braunschweig	8.047	9.192	1.145
Hannover	56.358	61.471	5.113
Oldenburg	11.664	12.373	709
Rheinland	110.992	121.813	10.821
Westfalen	106.075	114.990	8.915
Rheinland-Pfalz	63.307	66.820	3.513
Saar	26.508	28.401	1.893
Schleswig-Holstein	31.096	31.604	508
Bund	556.724	602.507	45.783

Stand: 31.03.1976

Mitgliederstand

nach dem Stand vom 31. März 1976 in aufsteigenden Zahlen

Landesverbände

Bremen	3.324
Braunschweig	9.192
Hamburg	11.178
Oldenburg	12.373
Berlin	13.593
Saar	28.401
Schleswig-Holstein	31.604
Hessen	56.023
Hannover	61.471
Rheinland-Pfalz	66.820
Baden-Württemberg	71.725
Westfalen	114.990
Rheinland	121.813

13 Landesverbände mit 602.507 Mitgliedern

Zahl der Kreisverbände
am 31.03.1976 = 264

Durchschnittl. Mitglieder-
stand pro Kreisverband = 2.282

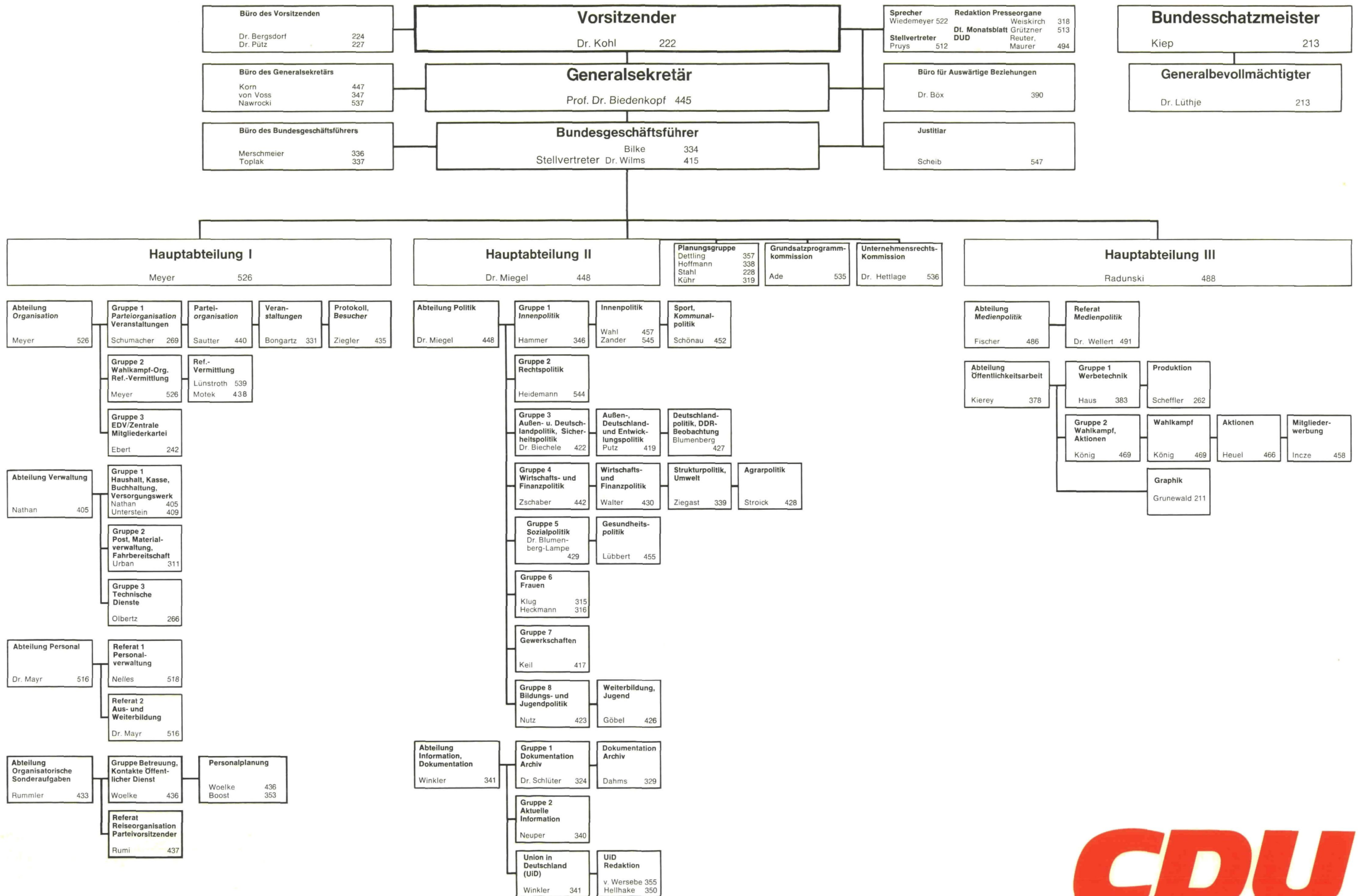
Die 10 kleinsten Kreisverbände

Emden	311
Hamburg-Bergedorf	385
Flensburg	460
Delmenhorst	474
Frankenthal	486
Speyer-Stadt	490
Bremen-Nord	491
Zweibrücken	501
Heidenheim	504
Hohenlohekreis	517

Die 10 größten Kreisverbände

Köln	9.516
Hochsauerland	9.300
Rhein-Sieg-Kreis	8.809
Bonn	7.464
Borken	7.441
Recklinghausen	7.363
Steinfurt	7.321
Grevenbroich	7.028
Düsseldorf	6.545
Kleve	6.485

Stand: 31.03.1976



CDU

Herausgeber: CDU-Bundesgeschäftsstelle, 53 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus